

Den Frieden gewinnen



Eine Publikation der Landesarbeitsgemeinschaft
„Linksrum – für Frieden und soziale Sicherheit“ in DIE LINKE.Hessen
Heft 2 / Juli 2023



**links
rum!**

LAG für Frieden und
soziale Sicherheit

Editorial:

Was sind die Hintergründe des Krieges in der Ukraine? Welche Vorgeschichte hat er, welche Perspektiven auf eine Befriedung gibt es? Wie wirken sich der Krieg und der damit verbundene Wirtschaftskrieg in Deutschland aus – sozioökonomisch, politisch und ideologisch? Wer setzt sich für den Frieden ein? Welche Herausforderungen erwarten wir dabei? Wie geht DIE LINKE damit um – was könnte sie tun, um einen relevanten Beitrag zur Beendigung des Krieges zu leisten?

In diesem Reader wurden Debattenbeiträge zu diesen Fragen gesammelt. Vorangestellt ist dem die *Abschlussklärung des „Was tun?“-Kongresses vom 6. Mai 2023 in Hannover-Misburg* – als Auftakt einer bundesweiten friedenspolitisch konsequenten LINKEN. *Artur Pech* aus dem Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg beschreibt den Ist-Zustand der LINKEN mittels eines Vergleichs mit der SPD vor dem Ersten Weltkrieg. *Benjamin Roth* stellt Verhandlungsinitiativen im Ukrainekrieg vor und bezieht Stellung zu Friedensperspektiven. *Gabi Faulhaber* kritisiert die unklare friedenspolitische Haltung der LINKEN, insbesondere mit Blick auf Wirtschaftssanktionen. *Uwe Krüger* setzt sich kritisch mit dem Versuch des LINKE-Bundesparteivorstands auseinander, eine zahnlose Friedensposition an der Parteilinie salonfähig zu machen. *Siegfried Müller-Maige* und *Naisan Raji* untersuchen Formen der Diffamierung linker Friedenspolitik heute. *Lukas Hof* geht auf die Friedensdemagogie der Rechten und ihre Ursachen im Versagen der Linken ein. *Michael Jekel* veranschaulicht, wie bereits in der Wortwahl Kriegsfronten gezogen werden. *Elke Windemuth* wirft einen Rückblick auf frühere Friedensverträge zwischen Ost und West. *Werner Bischoff* legt anhand eines Besuchs am Gedenkort Kalvryta seine persönliche Haltung zum Frieden dar.

Weitere Arbeiten der LAG Linksrund fließen in dieses zweite Heft ein: *Naisan Raji* stellt ihren Redebeitrag auf dem Ostermarsch in Frankfurt am Main 2023 zur Verfügung – und geht dabei auch auf die verheerenden Folgen des Wirtschaftskrieges ein. Von den *Ostermärschen in Bruchköbel, Frankfurt am Main und Marburg* sind Kurzberichte und einige Fotos hinterlegt. Die von der LAG Linksrund besuchten Veranstaltungen zu *Kapitalismus heute mit Werner Rügemer in Frankfurt am Main* sowie zu *Antimuslimischem Rassismus mit Ramsis Kilani in Marburg* wurden ebenfalls dokumentiert. Ferner zeigen *Resolutionen aus dem Kreistag Darmstadt-Dieburg*, dass der Kampf für den Frieden auf allen Ebenen geführt werden kann und sollte.

Wir suchen weiter nach theoretischen Antworten und praktischen Wegen aus der Krise der LINKEN. Mittels dieser Publikation verständigen wir uns darüber – miteinander sowie innerhalb der LINKEN und politischen Linken. Wir freuen uns über Antworten, Repliken und Reaktionen zu den Beiträgen – gerne per Email. Sie werden in der nächsten Ausgabe berücksichtigt.

Mit geschärfter Analyse und Mut zur Praxis – für den Frieden. Packen wir es an!

Frankfurt am Main, 30. Juni 2023, die Redaktion.

Inhaltsverzeichnis:

1. Der „Was tun?“-Kongress am 06. Mai 2023 in Hannover-Misburg

1.1 Abschlusserklärung des „Was tun?“-Kongresses	4
1.2 Redebeitrag der LAG Linksrum Hessen auf dem „Was tun?“-Kongress	5
1.3 Bericht der LAG Linksrum Hessen über den „Was tun?“-Kongress	6

2. Schwerpunktthema: Friedensbewegung heute und die Rolle der LINKEN

2.1 Artur Pech: Die Linke im Krieg	8
2.2 Benjamin Roth: Friedensperspektiven im Ukrainekrieg	11
2.3 Gabi Faulhaber: Keine Analyse – keine klare Haltung.	14
2.4 Uwe Krüger: Zur Kritik an der friedenspolitischen Position Jan van Akens	19
2.5 Siegfried Müller-Maige & Naisan Raji: „Rechtsoffen“ und andere politische Kampfbegriffe	22
2.6 Lukas Hof: Frieden von rechts?	30
2.7 Michael Jekel: Militarisierung der Sprache	33
2.8 Elke Windemuth: Geschichte der Abrüstungsverträge	37
2.9 Werner Bischoff: Lehren aus Kalvryta	41

3. Berichte und Dokumente

3.1 Naisan Raji: Rede auf dem Ostermarsch in Frankfurt am Main 2023	43
3.2 Bericht der Veranstaltung „Kapitalismus heute“ mit Werner Rügemer	45
3.3 Bericht zur Veranstaltung „Antimuslimischer Rassismus“ in Marburg	47
3.4 Werner Bischoff: Resolutionen aus dem Kreistag Darmstadt-Dieburg	49

4. Kontakte und die kommende Ausgabe der Publikation

53

Auf der Kundgebung „Aufstand für Frieden“ am 25. Februar 2023 in Berlin.

Was tun? Für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Demokratie!

1.1 Abschlusserklärung des „Was tun?“-Kongresses am 6. Mai 2023 in Hannover-Misburg

Auf Einladung der AG Frieden und Antimilitarismus (Bremen), der Karl-Liebknecht-Kreise BadenWürttemberg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, des Liebknecht-Kreis Sachsen, der LAG Innerparteiliche Bildung und Theorie Niedersachsen, der LAG Linksrund Hessen, von Quo Vadis - Die Linke? (Hamburg) und der Sozialistischen Linken haben sich am 6. Mai 2023 in Hannover Mitglieder und ehemalige Mitglieder der LINKEN getroffen.

Gemeinsam stellen wir fest: Der Krieg in der Ukraine und der weltweite Wirtschaftskrieg wird durch die Regierenden immer weiter eskaliert, die Welt kommt einer globalen Katastrophe immer näher. Der Kampf gegen den Klimawandel, der nur gemeinsam gewonnen werden kann, bleibt auf der Strecke. Armut und Ausbeutung nehmen zu, anstatt dass die Menschen sie überwinden und denen die Macht entreißen, die davon profitieren.

Wir sind solidarisch mit den Menschen, die unter Krieg und Unterdrückung leiden, mit den Arbeitenden weltweit. Aber wir müssen dort für eine andere Politik kämpfen, wo wir zu Hause sind und am meisten bewirken können. Dieses Land braucht eine politische Kraft, die klar und deutlich für Frieden und internationale Zusammenarbeit, für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, für ein gutes und naturverträgliches Leben für alle und für mehr Freiheit und Demokratie in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft eintritt. Eine Kraft, die den Kapitalismus überwinden und eine selbstbestimmte Entwicklung für alle Völker ermöglichen will. Eine Kraft, die die gemeinsamen Interessen der arbeitenden Klassen in den Mittelpunkt stellt, die sozial und friedlich Gesinnte sammelt, die alle Menschen gleich viel wert sind und die gemeinsam für diese Ziele kämpft.

Doch der Parteivorstand, große Teile des Parteiapparates, auch Teile der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE, versagen in diesen Fragen eklatant. Grundlegende friedenspolitische Positionen des Erfurter Programms werden nach und nach aufgegeben. In der internationalen Politik ist DIE LINKE unklar und zerrissen und erscheint vielfach als linksliberaler Flügel des herrschenden Blocks. Immer weniger wird sie als eine glaubwürdige Alternative zu Kapitalismus und Imperialismus wahrgenommen. Die im innerparteilichen Kulturkampf verengte Orientierung auf kleine Milieus führt dazu, dass die gemeinsame Klammer in der Verteidigung der sozialen Interessen der Lohnabhängigen verloren geht. Das hat DIE LINKE gespalten.

Wir sind solidarisch mit allen Menschen, die sich in Tarifaueinandersetzungen und anderen Arbeitskämpfen, in Bewegungen für Frieden und Klimaschutz und für mehr Demokratie engagieren. Es ist die Aufgabe von Linken solche Kämpfe mit eigenen Positionen zu unterstützen.

Wir organisieren uns im Was-tun-Netzwerk als bundesweiter Zusammenschluss und in immer mehr Landesverbänden, um in diesem Sinne zu wirken. Wir sind aktiv in außer-

parlamentarischen Bewegungen, in den Gewerkschaften, in Friedensgruppen und Umweltinitiativen, und bitten diese ihrerseits ihre Anforderungen und Erwartungen an eine kämpferische und konsequente Linkspartei zu formulieren. Wir fordern gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben.

Die Partei DIE LINKE kann in diesen Kämpfen eine Rolle spielen, wenn sie zu grundlegenden Aussagen ihres Erfurter Programms zurückfindet. Dafür setzen sich viele von uns in den Gliederungen und in den Landesverbänden, auch mit Blick auf die bevorstehenden Regionalkonferenzen und den nächsten Bundesparteitag, ein. Wir treten dafür ein, dass dies noch organisierter und koordinierter geschieht. Wir unterstützen einen Mitgliederentscheid zur Friedenspolitik der Partei.

Gleichzeitig zwingt uns die Situation aber dazu, auch darüber zu sprechen, welche Chancen es noch gibt, die LINKEN wieder auf einen antikapitalistischen und friedenspolitischen Kurs zu drehen und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Diese Debatte werden wir fortsetzen.

1.2 Beitrag der LAG Linksrum Hessen auf dem „Was tun?“-Kongress

Die Gesamtentwicklung der Partei, die demobilisierenden Corona-Jahre und die in Hessen sehr heftige metoo-Debatte haben auch die Lage der hessischen Partei enorm verschlechtert. Die entscheidenden Attacken auf linke Positionen starteten aber nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Die Bedeutung der Vorgeschichte gilt als hinfällig, Widerstand gegen den Wirtschaftskrieg als verpönt. Spätestens seitdem sind viele gute Genoss:innen in ihren Parteigruppen isoliert, Kreisverbände gespalten oder inaktiv. Einige Mitstreiter haben die Partei bereits verlassen.

Wir haben uns gegründet, um die Schockstarre zu überwinden und dem Wegbrechen unserer Kräfte Einhalt zu gebieten. Hinreichende Antworten auf die Krise der Partei hatte kein Teil des bis dahin fragmentierten linken Flügels. Also haben wir uns zusammengesetzt, diskutiert und analysiert. Anfangs mussten wir viel Frust loswerden, doch wir sind vom Gejammer über die Zustände zur aktiven Bekämpfung übergegangen. Denn wenn sich Partei-, Landes- oder Kreisvorstand weigern, die Soziale mit der Friedensfrage zu verbinden und dafür auf die Straße zu gehen - dann machen wir das eben ohne die!

So organisierten wir in Kreisverbänden Kundgebungen zu „Heizung, Brot und Frieden“, Busse zum Berliner „Aufstand für den Frieden“, wir traten mit eigenen Flyern auf den Ostermärschen auf und wir stärken unsere Sozialsprechstunden und bereiten Aktionen zur Energiearmut vor. Wir fordern auch die Debatte ein, suchen also die Konfrontation. Auf Landesparteitagen kritisierten wir den Kurs der Partei scharf und ehrlich, ebenso in unserer Gründungserklärung. Wir starteten eine eigene Publikation, um diese Debatte offen und gründlicher zu führen.

Denjenigen, die uns loswerden wollen, rufen wir zu: Wir weigern uns, den Rückzug anzutreten. Uns werdet ihr nicht los! Denjenigen, die sich zurückziehen, die hinschmeißen wollen oder die unterschätzen, mit welchen Herausforderungen die Gründung einer neuen Partei verbunden ist, möchten wir sagen: Es gibt keine Abkürzung! Denn der Austritt oder die Gründung einer Partei, der die Basis fehlt – das hilft uns nicht. Sozialistische Parteien sind keine Wahllisten – auch diese Denkweise ist ein Grund für unser momentanes Scheitern.

Organisierung entsteht durch gemeinsame Praxis, gemeinsamen Kampf um und für unsere Klasse. Diesen Kampf müssen wir auf eine neue Stufe heben, indem wir eine handlungsfähige Fraktion werden. Das Was-Tun-Netzwerk ist ein Ansatz. Ob der PV mitzieht oder nicht: Wir müssen und können die Friedensbewegung stärken, die soziale Frage in den Mittelpunkt des eigenen Handelns rücken und mit klarem Klassenstandpunkt auch die anderen politischen Fragen beantworten.

Lasst uns also mit aller Macht eingreifen: in die kommenden Regionalkonferenzen und auf dem Bundesparteitag. Lasst uns gemeinsame Aktionen koordinieren: zugunsten des Dresdner Mitgliederentscheids, zum Hiroshima-Tag und zum Antikriegstag. Und lasst uns über den Kongress hinaus in der Debatte bleiben. Ob wir noch die Kraft entfalten können, um die Entsorgung des Erfurter Programmes zu verhindern und den Niedergang der Linkspartei aufzuhalten, entscheidet sich auch durch unsere Praxis.

Doch selbst wenn wir verlieren, dann hätten wir durch den gemeinsamen Kampf doch schon eine deutlich bessere Basis für organisationspolitische Neuanfänge.

1.3 Bericht der LAG Linksrum Hessen über den „Was tun?“-Kongress

Am 6. Mai 2023 fand eine Zusammenkunft von etwa 250 LINKEN in Hannover-Misburg statt. Sie war das erste bundesweite Treffen des 'linken' Parteiflügels seit langem. Organisiert und eingeladen wurde von den Karl-Liebknecht-Kreisen Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt, der AG Frieden und Antimilitarismus Bremen, der LAG Innerparteiliche Bildung und Theorie Niedersachsen, der LAG Linksrum Hessen, der Gruppe Quo Vadis – Die Linke? Hamburg sowie der bundesweiten Strömung Sozialistische Linke.

Der Kongress sollte der Vernetzung des 'linken Flügels' in der LINKEN für friedenspolitische Arbeit sowie der besseren Zusammenarbeit im innerparteilichen Kampf dienen. Man wollte sich außerdem ehrlich über organisatorische Alternativen austauschen.¹

Das Programm des Kongresses war in drei Blöcke geteilt: 1) LINKE gegen Imperialismus und Krieg – Abwehr der Weltkriegsgefahr und der Hochrüstung, 2) Was für eine linke Partei wird gebraucht?, 3) Wie können wir unsere politische und organisatorische Vernetzung in „Was

¹ Der Aufrufertext ist u.a. zu finden auf der Seite des KKK Brandenburg: <https://www.dielinke-brandenburg.de/politik/termine/detail-landesverband/news/kongress-was-tun-die-linke-in-zeiten-des-krieges/>.

tun“ stärken?. Ferner gab es ein Video-Grußwort von Sahra Wagenknecht.

Der erste Block wurde durch einleitende Referate von Artur Pech² (KLK Brandenburg), Sevim Dagdelen³ (MdB, Die Linke) und Andrej Hunko (MdB, Die Linke) eröffnet. In der Debatte wurde deutlich, dass sich der globalisierte neoliberale Kapitalismus in der Krise befindet und daher mit Aggression gegen Tendenzen einer multipolaren Weltordnung vorgeht. Die deutsche Linke, im Herzen des westlichen Imperialismus, arbeitet unter harten Bedingungen. Es sei wichtig, ein rotes Tuch zu bleiben und unliebsame Kontroversen einzugehen. Denn „es tut ihnen weh, dass wir überhaupt hier sind“, wie ein Genosse in der Debatte anmerkte. Die globale Linke steht mehrheitlich gegen eine externe Beteiligung am Ukraine-Krieg und schaut interessiert auf die deutsche Linke und Friedensbewegung, wie ein Genosse an einem Beispiel im Baskenland skizzierte.

Der zweite Block wurde durch Thesen von Ralf Krämer⁴ (SL) eingeleitet. In der Debatte war man sich einig, dass die gebrauchte linke Partei gesellschaftliche Opposition bleiben müsse. Sie müsse den Konflikt mit den Herrschenden und v.a. mit dem deutschen und U.S.-amerikanischen Imperialismus suchen. Die Soziale Frage dürfe nicht getrennt von der Friedensfrage bearbeitet werden. Ferner müssten bei der Tagespolitik die Arbeiterklasse und das Prekariat im Fokus stehen. Es wurde darüber diskutiert, wie verhindert werden könne, dass eine linke Partei korrumpiert. Mehr marxistische Grundlagenbildung, mehr Maßnahmen zur Verbindlichkeit und Rechenschaftspflicht wurden als Teile davon genannt.

Im letzten Block stellten sich die landesweiten Zusammenschlüsse vor und brachten Statements⁵ ein, ehe über praktische und organisatorische Schlussfolgerungen diskutiert wurde. Betont wurde in der Debatte, dass man die Politik, welche man von der Partei erwartet, selber machen müsse. Die „Was tun?“-Vernetzung solle dezentrale und zentrale Friedensaktionen koordinieren. Auf Landes- und Lokalebene sollten Ableger der Vernetzung eigenständig Treffen, Veranstaltungen und Aktionen durchführen. Der Kampf um bzw. in der Partei solle fortgesetzt werden – Anknüpfungspunkte dafür seien der Dresdner Mitgliederentscheid für einen Friedensparteitag, die Regionalkonferenzen sowie lokale Interventionen. Ferner müsse die Debatte, die an diesem Wochenende begonnen wurde, fortgesetzt werden: Über eine gemeinsame Publikation und weitere Treffen.

Mit der Abschlusserklärung wurde der Parteiführung eine klare Kampfansage erteilt – in der Partei. Dieser Kampf wird aber v.a. in der Gesellschaft geführt. Ob aus dem Kongress ein linker Flügel, die Grundlage einer neuen Organisation oder gar nichts entsteht, ist offen. Es kommt auf uns alle an.

Schwerpunktthema: Friedensbewegung heute und die Rolle der LINKEN

2.1 Artur Pech: Die Linke im Krieg

2 Ein Kurzfassung des Referats von Artur Pech findet sich auch in dieser Publikation.

3 <https://www.sevimdagdelen.de/kein-buendnis-mit-dem-hauptfeind/>.

4 <https://www.ralfkraemer.de/was-fuer-eine-linke-partei-wird-gebraucht/>.

5 Das Statement der LAG Linksrum Hessen findet sich auch in dieser Publikation.

„Wir dürfen diese Partei nicht aufgeben! Wir dürfen sie nicht einigen wenigen überlassen, deren Ziel offenkundig darin zu bestehen scheint, Helfer am Krankenbett des Kapitalismus zu sein. Wir wollen dieses System nicht heilen, sondern müssen es überwinden.“⁶

„Die SED ging zugrunde, weil die Führung selbstgefällig und arrogant, unbeirrt und unbeindruckt ihren Kurs verfolgte und ignorierte, was die kritische Basis daran anstößig fand. Damit zerstörte diese Führung objektiv die Partei von oben. Das Ende ist bekannt. Am Ende meiner Tage fürchte ich die Wiederholung.“⁷

Das schrieb Hans Modrow Anfang vorigen Jahres. Danach wurde er zum Ziel einer niederträchtigen Intrige, die ihm sein letztes Lebensjahr schwer machte.

Darauf ist zurückzukommen, denn die Intriganten von gestern werfen uns heute vor, wir würden die Partei spalten.

Nein: Wir verteidigen eine Partei, die sich den sozialistischen Traditionen der Arbeiterbewegung verpflichtet sieht. Wir leisten Widerstand gegen eine Politik, die das Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg missbraucht.⁸

Es war die Friedensfrage, an der sich die Arbeiterbewegung einst gespalten hat.

Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine wird nun sehr vielschichtig diskutiert. Da geht es um moralische, (geo)politische, (völker)rechtlich, militärische/militärtechnische und schließlich auch um ökonomische Beurteilungen.

All diese Aspekte sind zu beachten und wirken aufeinander. Wer sein Urteil isoliert aus einem dieser Faktoren ableitet, wird dem Problem nicht gerecht. Und die moralische Verurteilung des Angriffskrieges erledigt weder die Frage nach den Ursachen noch die Frage nach den Interessen oder die nach den Gefahren für die Menschheit.

Der Generalstabschef der USA hat in dieser Woche Einsichten in den Zusammenhang von Krieg und Politik dargelegt, denen sich die Spitze der LINKEN bisher verweigert. Da geht es um den Zusammenhang zwischen dem Krieg in der Ukraine und der Vorbereitung des Krieges gegen China, um den Versuch, Russland und China gegeneinander auszuspielen, damit sie von den USA, vom „Wertewesten“ nacheinander niedergedrückt werden können⁹, und um die Vermeidung **offener** Kampfhandlungen der USA / der NATO gegen Russland. Es soll beim Stellvertreterkrieg bleiben.

Wenn heute der Konsens, dass „Putin“ bezwungen werden muss von den Regierungen der USA und der BRD über die NATO bis in Teile der Linken reicht, dann gibt es Grund, sich an die Lehren der Arbeiterbewegung, sich an Karl Marx, an Friedrich Engels, an Karl Liebknecht zu erinnern. Eine theoretisch entkernte und in Formelkompromissen erstarrte Linke wird nicht Bestand haben.

Denn anders, als uns eine ausufernde Kriegspropaganda glauben machen will: Nicht die

6 Erklärung des Ältestenrates zum Austritt von Christa Luft aus der Partei Die Linke, junge Welt 07.01.2022, S. 8.

7 Hans Modrow: Alles muss auf den Prüfstand. Brief an die Linke-Führung, Neues Deutschland, 27.01.22, S. 7.

8 Erklärung des Ältestenrates, a.a.O.

9 How to Avoid a Great-Power War, <https://www.foreignaffairs.com/podcasts/how-to-avoid-great-power-war-mark-milley>

Welt steht gegen Putin: Nein, Analytiker, die die Bodenhaftung nicht verloren haben, bringen es auf die Kurzformel: „The West against the rest“. – Der Westen gegen den Rest der Welt.¹⁰

Die Trennung der Friedensfrage von der sozialen Frage ist Teil des Versagens der Linken, ist ein Bruch mit der Arbeiterbewegung, mit sozialistischer Politik. Und wenn bei der Vorbereitung eines Wahlprogramms für die Europawahlen 2024 der Zusammenhang der fortschreitenden Militarisierung der Europäischen Union als Reaktion auf deren weltweite Positionsverluste ausgeblendet wird, dann ist linke Orientierung verloren gegangen. Im Jahr 2020 meinten mehr als zwei Drittel der Mitglieder der Linken, Marx solle in der Politik ihrer Partei eine größere Rolle spielen.

Dieser Anspruch wird nicht eingelöst. Wie sich 1914 die Führung der deutschen Sozialdemokratie von den Beschlüssen der II. Internationale verabschiedete, sollen nun wichtige Teile des Erfurter Programms weg.

In groben Linien lassen sich die Erkenntnisse der II. Internationale bis 1914 so beschreiben:

- Die entscheidenden Ursachen von Kriegen sind die ökonomischen, sind die Ausbeutungsverhältnisse, die Veränderungen der ökonomischen Kräfteverhältnisse zwischen den Staaten und „nicht die religiösen oder nationalen, sondern die wirtschaftlichen Gegensätze der besitzenden Klasse in den verschiedenen Ländern.“¹¹
- Die Überwindung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist damit auch ein Kampf für den Frieden;
- Auch unter kapitalistischen Verhältnissen ist es möglich, konkrete Kriege durch die Mobilisierung der Massen zu verhindern;
- Wenn es trotz des entschiedenen Widerstands der Arbeiterbewegung zum Krieg kommt, gilt es die schnellstmögliche Beendigung des Krieges zu erreichen und in der einsetzenden Krise den Klassenkampf zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse zu verstärken.

1907 stellte der Sozialistenkongress in Stuttgart fest: *Kriege liegen „im Wesen des Kapitalismus. Sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung der Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.“*¹²

Und dennoch: Schon vor Kriegsbeginn 1914 „hatten manche sozialdemokratischen Redner das zum Krieg einladende Rezept ausgegeben: 'Bis – aber nur bis Kriegsausbruch: Krieg dem Kriege! Kommt der Krieg doch: Mit Herz und Hand fürs Vaterland'“¹³

10 United West, divided from the rest: Global public opinion one year into Russia's war in Ukraine:

<https://ecfr.eu/publication/united-west-divided-from-the-rest-global-public-opinion-one-year-into-russias-war-on-ukraine/>, auch unter: Die veröffentlichte Meinung, <https://www.fischerverlage.de/magazin/neue-rundschau/die-veroeffentlichte-meinung>

11 Zitiert nach: Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Basel am 24. und 25. November 1912, Berlin 1912, Anhang. Die Resolutionen der Arbeiter-Internationale gegen den Krieg (1867-1910), S. 46.

12 Internationaler Sozialistenkongress Stuttgart 1907, Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1907, S. 86.

13 Karl Liebknecht: Klassenkampf gegen den Krieg! In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd.VIII, Berlin 1972, S. 13.

Da geht es nicht um Erkenntnisprozesse, es geht um Interessen. Wird das nicht erkannt, so erscheint das *„objektiv begründete Versagen selbst der schönsten, schlagendsten, lückenlosesten Beweisführung ... als Folge von Verbohrtheit, Fanatismus, Quertreiberei, Böswilligkeit oder anderen geistigen Charakterfehlern.“*¹⁴

Und das Interesse der *„Berufsbükratie der Arbeiterbewegung“*, ist noch immer *„auf eine beschauliche Fortsetzung einer mäßig bewegten, von den herrschenden Klassen wohlgeduldeten, ja gern gesehenen Arbeiterbewegung“* gerichtet, um sich Zulauf zu verschaffen und *„Kämpfe in loyalen Grenzen“* zu halten.¹⁵

Noch immer gilt: *„Würden die deutschen Sozialisten, z.B. die englische Regierung und die englischen Sozialisten z.B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.“*¹⁶ Das all jenen hierzulande ins Stammbuch, die ihren Beitrag zum Kampf gegen die „russischen Oligarchen“ leisten wollen und damit objektiv einen Beitrag dazu leisten, den gegen die Kriegspolitik der Herrschenden gerichteten Protest der Friedensbewegung klein zu halten.

*„Alle möglichen Lösungen des Kriegsrätsels sind in einem imperialistischen Kriege imperialistisch, Lösungen der militärischen Vergewaltigung, unter denen es für die Sozialdemokratie keine gibt, für die sie eintreten könnte.“*¹⁷

Wo Wahlarithmetik, („Die Friedensfrage ist nicht wahlentscheidend“) und das Kleinreden von Klassenwidersprüchen („verbindende Klassenpolitik“) das Ruder führen, ist es nicht verwunderlich, dass auch zur Frage von Krieg und Frieden eine sozialistische Position nicht mehr gefunden wird.

Im Lande muss die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende haben und in den internationalen Beziehungen die Ausplünderung des einen Landes durch das Andere. Wer das nicht begreifen kann, wie ein Land sich auf Kosten des anderen bereichern kann, wird noch weniger begreifen, *„wie innerhalb eines Landes eine Klasse sich auf Kosten einer anderen bereichern kann.“*¹⁸

Der entscheidende Unterschied zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Gegenwart ist, dass die Menschheit heute die Mittel in der Hand hat, sich selbst zu vernichten. Wer sich mit dieser Frage beschäftigt, wird häufig als „Putin-Versteher“ diffamiert. Aber wer immer Putin zum Teufel schicken und erst danach über Frieden nachdenken will, sollte nicht ver-

14 Ebenda, S. 297.

15 Ebenda, S. 301f.

16 Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht, Wörtliche Wiedergabe der Prozessakten, Urteile und Eingaben Liebknechts, in: Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, 2. Aufl., Berlin 1971, S. 17.

17 Ebenda, S. 142f.

18 [Karl Marx [1848], Rede über die Frage des Freihandels, MEW Bd. 4, S. 457.

gessen: Der hat die Mittel, ihn mitzunehmen. Das macht auch das Problem derer deutlich, die den Krieg statt mit Kanonen mit Sanktionen gewinnen zu wollen. Wie schlau die auch eingefädelt zu sein scheinen: Die Zeche zahlen immer die kleinen Leute und schlimmstenfalls die Menschheit mit ihrer Existenz.

Liebknecht entlarvte die Lüge vom Kampf gegen den Zarismus – heute wird sie fortgeschrieben als „Kampf gegen den Autoritarismus“ und die „Vaterlandsverteidigung“ mutierte zum „Recht auf Selbstverteidigung“.

Da geht es nicht um den Frieden, sondern um eine Rolle im Kampf gegen Russland. Die Akzeptanz von Waffenlieferungen ist eine „moderne“ Variante des klassischen „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor“. Oder ganz modern – wie am 12. März in der FAS auf einer ganzen Seite ausgeführt – um die Bereitschaft, sich dem „Aussichtspunkt in den atomaren Abgrund zu nähern“.¹⁹

Natürlich will auch die NATO den Frieden – nach dem Sieg über Russland. Dafür braucht es Waffen und die schon von Karl Liebknecht beschriebene systemkonforme Opposition. Das ist auch der Grund für die Diffamierung der größten Friedensmanifestation im Deutschland der letzten Jahrzehnte. Dagegen anzutreten muss die Aufgabe der Linken sein.

Wenn den Regierungen die Waffen verweigert werden, müssen sie ihre Politik ändern. Dafür muss die Linke streiten – so wie die italienischen Hafendarbeiter, die in bester Tradition die Verladung von Waffen verweigern.

Eine LINKE, die diese Positionen vertritt, hat eine Existenzberechtigung und wird gebraucht. Damit sind wir wieder bei Rosa Luxemburg: Zurück zu Marx! Ohne den wird das nicht gehen.

2.2 Benjamin Roth: Friedensperspektiven im Ukraine-Krieg

Die Stimmen für einen Verhandlungsfrieden zwischen Russland und der Ukraine werden lauter – in Deutschland und weltweit. Das „Manifest für Frieden“²⁰ hat über 800.000 Unterzeichner erreicht, die Demonstration „Aufstand für Frieden“ immerhin 50.000 Teilnehmer. Das hat ein Echo ausgelöst: Einerseits hat der Folgeaufruf „Frieden schaffen“²¹ vor allem Debatten in den Gewerkschaften befördert. Andererseits musste sogar der ehemalige Münchner SiKo-Chef Wolfgang Ischinger einräumen, dass die Bundesregierung Friedensverhandlungen unterstützen müsse – um sich gegenüber Schwarzer und Wagenknecht keine „überflüssige Blöße“ zu geben.²²

Internationale Initiativen für Friedensverhandlungen gibt es seit Ausbruch des Kriegs. Die

19 Willst Du Frieden, sprich vom Krieg. FAS 12.03.2023, S.2 .

20 <https://www.change.org/p/manifest-f%C3%BCr-frieden>

21 <https://friedenschaffen.net/>

22 <https://www.rnd.de/politik/sicherheitsexperte-ischinger-spricht-ueber-friedensprozess-fuer-die-ukraine-PJNPVFNM7Z6BMG5ZYIAMZC6CSI.html>

Türkei hatte im März 2022 einen Rahmen für Verhandlungen zwischen Russen und den Ukrainern gegeben. Auch der damalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett hatte zwischen Selenski und Putin vermittelt. Im Juni 2022 legte die damalige italienische Regierung einen 4-Punkte-Plan für einen Frieden zwischen Russland und Ukraine vor.²³ Zurzeit sind es vor allem die chinesische Regierung – über ihren Sondergesandten für Eurasische Angelegenheiten, Li Hui²⁴ – und der brasilianische Präsident Lula da Silva, die sich für eine Verhandlungslösung im Krieg zwischen Russland und Ukraine aussprechen.

Nach über einem Jahr seit der russischen Invasion in der Ukraine zeichnet sich ab, dass dieser Krieg kein Blitzkrieg wird, sondern ein langwieriger, menschen- und materialfressender Abnutzungskrieg. Das liegt auch daran, dass sogenannte Defensivwaffen (Artillerie, Panzerabwehrraketen) zurzeit gegenüber sogenannten Offensivwaffen (v.a. Panzern) einen technischen Vorteil haben.²⁵ Die Aussicht, einen schnellen Siegfrieden nicht zu erreichen und noch über mehrere Jahre hinweg den Kriegszustand aufrechtzuerhalten – mit massenhaften Toten an der Front und Bombardements einerseits, mit Kriegswirtschaft und Massenelend andererseits – erhöht die Kosten auch für jene, die diesen Krieg wollen. Die russische wie die ukrainische Regierung müssen sich fragen, ob sie noch mehr junge Männer im Stellungskrieg verheizen – oder Konzessionen machen. Für die Geldgeber des Krieges, vor allem die westlichen auf ukrainischer Seite, stellt sich ebenfalls die Kostenfrage zur Subvention der ukrainischen Kriegsführung mit Waffenlieferungen und Krediten.

All das eröffnet ein Möglichkeitsfenster, den Krieg zwischen Russland und Ukraine möglicherweise am Verhandlungstisch beizulegen. Doch welche realen Perspektiven für den Frieden gibt es? Wer forciert welche „Lösung“ im Ukrainekrieg? Welche Folgen hätte das? Was wäre für die (deutsche) Arbeiterklasse vorteilhaft? Und vor allem: Was können wir für den Frieden tun?

Westliche Regierungen und die EU-Kommission sind an einem Siegfrieden der Ukraine interessiert²⁶. Demzufolge sind die militärischen Optionen noch nicht erschöpft, ein Sieg auf dem Schlachtfeld für die Ukraine noch möglich. Neben einem Sieg auf dem Schlachtfeld könnte auch ein Putsch gegen den russischen Präsidenten Putin, ein Regime-Change in Russland oder ein Kollaps der russischen Invasionsarmee den Sieg bringen. Inzwischen deutet allerdings vieles auf Grenzen der ukrainischen Rekrutierungsfähigkeiten²⁷, westlicher Waffenlieferungen²⁸ sowie eine relative Konsolidierung der russischen Kriegswirtschaft²⁹ und des Kriegsregimes hin.

Die Perspektive eines Verhandlungsfriedens wurde von der chinesischen Regierung in

23 <https://www.solidarwerkstatt.at/frieden-neutralitaet/italienischer-vier-punkte-plan-zum-frieden-in-der-ukraine>

24 <https://www.jungewelt.de/artikel/451563.konflikt-in-osteuropa-schwierige-mission.html>

25 <https://www.jungewelt.de/artikel/450768.konflikt-in-osteuropa-hunger-nach-munition.html>

26 Exemplarisch die Position des ehemaligen deutschen Botschafters, von Studnitz:

<https://www.cicero.de/aussenpolitik/ukrainekrieg-verhandlungen-frieden-putin-studnitz>

27 <https://www.jungewelt.de/artikel/448430.konflikt-um-ukraine-warten-auf-den-angriff.html>

28 <https://www.jungewelt.de/artikel/450610.krieg-in-osteuropa-ukraine-washington-wird-%C3%BCberdr%C3%BCssig.html>

29 <https://www.jungewelt.de/artikel/446078.probleme-der-%C3%B6konomie-konservative-modernisierung.html>

ihrem 12-Punkte-Positionspapier³⁰ abstrakt, im italienischen 4-Punkte-Plan konkret formuliert. Gründe dafür sind – neben der Unwahrscheinlichkeit eines militärischen „Sieges“ und der nuklearen Eskalationsgefahr zwischen Russland und NATO (als de facto Kriegspartei auf ukrainischer Seite) – die immensen Kriegsschäden: Einerseits vor allem in der Ukraine und in geringerem Maße auch in Russland selbst – andererseits die globalen Verwerfungen im Zuge des Wirtschaftskriegs, vor allem in der Gas- und Getreideversorgung. Die chinesische Regierung nennt als prinzipielle Punkte: 1. Respekt vor staatlicher Souveränität, 2. Beendigung der Lager-Mentalität, 3. Einstellen der Kriegshandlungen, 4. Aufnahme von Friedensgesprächen, 5. Eindämmung der humanitären Krise, 6. Schutz von Zivilisten und Kriegsgefangenen, 7. Sicherung von Atomkraftwerken, 8. Reduktion strategischer Risiken v.a. durch Nuklearwaffen, 9. Erleichterung von Getreideexporten, 10. Stopp einseitiger Sanktionen, 11. Stabilisierung industrieller Lieferketten, 12. Förderung des Nachkriegswiederaufbaus. Mit seinem ökonomischen Schwergewicht – sowohl für Russland als auch für die Ukraine ist China ein unverzichtbarer Handelspartner – kann China Anreize für einen Verhandlungsfrieden setzen und den Wiederaufbau unterstützen.

Wie könnte das konkret aussehen? Die italienische Regierung schlug vor: 1. Waffenstillstand und Entmilitarisierung der Kampfzone, 2. Friedenskonferenz über einen neutralen Status der Ukraine, mit internationalen Verträgen und Garantiemächten geschützt, 3. Ein bilaterales Abkommen zwischen Russland und Ukraine über politische Autonomie der umkämpften Gebiete in der Ukraine bei deren formalem Verbleib im ukrainischen Staat, 4. Ein europäischer Sicherheitspakt im OSZE-Format zur Abrüstung und Konfliktprävention.

Welche Folgen hätten diese Szenarien? Ein ukrainischer Siegfrieden würde die NATO und EU in Osteuropa konsolidieren und möglicherweise die neoliberale Postdemokratie des Westens (wie im Irak 2003) auf Russland und Weißrussland ausweiten. Für uns wäre das ein langer Krieg mit mehr Rüstung, mehr Repression und mehr Sozialabbau in Deutschland, stets verbunden mit der Gefahr einer nuklearen Eskalation. Umgekehrt würde ein russischer Siegfrieden – bei Erschöpfung der ukrainischen Rekrutierungsmöglichkeiten – wohl den russischen Kapitalismus festigen, der Weg dorthin wäre der gleiche. Ein Verhandlungsfrieden würde das massenhafte Töten perspektivisch beenden (oder zumindest temporär stark reduzieren). Der Rüstungs-, Sanktions- und Sparpolitik wäre ihre aktuelle Begründung entzogen und die Rücknahme dieser Politiken erleichtert.

Allerdings wäre auch ein russisch-ukrainischer Waffenstillstand – realistischere Weise würde es nicht sofort zu einem Friedensvertrag kommen – nur eine temporäre und brüchige Lösung. Die Ursachen des Krieges wären damit nicht beigelegt: Nach wie vor gibt es einen starken Expansionsdruck europäischen und U.S.-amerikanischen Kapitals (in geringerem Maße auch russischen Kapitals) in die wirtschaftlichen Einflussbereiche anderer größerer kapitalistischer Akteure. Nach wie vor befinden sich die USA und die EU in einem globalen ökonomischen Abstiegskampf gegen die aufsteigende chinesische Wirtschaft – und gegen die Erosion der globalen neoliberalen Weltwirtschaftsordnung durch eine mögliche multi-

30 https://www.fimprc.gov.cn/eng/zxxx_662805/202302/t20230224_11030713.html.

polare Weltordnung. Und nach wie vor verdienen Rüstungskonzerne, Söldnerunternehmen und Finanzkapitale weltweit an Krieg und Aufrüstung Milliarden.

Realistisch betrachtet würde ein russisch-ukrainischer Waffenstillstand vor allem genutzt werden, um beide Seiten hochzurüsten und auf einen noch größeren Krieg gegeneinander vorzubereiten. Das geschieht allerdings auch ohne Waffenstillstand. Das stattfindende massenhafte Töten – und das noch größere, das bevorsteht – nachhaltig beenden, kann nur eine starke internationale Friedensbewegung, die in allen Ländern für Friedenspolitik, militärische Abrüstung und Völkerverständigung streitet. Auch die deutsche Friedensbewegung ist gefragt. Die BRD ist nicht nur im Ukrainekrieg ein wesentlicher Einflussfaktor, mit großen Waffenschmieden und solidem ökonomischen und politischen Gewicht in Europa und weltweit. Deutschland ist das Land, von dem zwei Weltkriege ausgingen – aber auch das Land, in dem die Revolutionäre von 1918 einen Weltkrieg beendeten. Welche Rolle Deutschland morgen spielen wird, hängt auch von uns ab.

2.3 Gabi Faulhaber: Keine Analyse – keine klare Haltung.

Linkspartei eiert bei der Frage um Krieg und Frieden

Im Juni 2022 diskutierte der Bundesparteitag heftig über die Position der Partei DIE LINKE zum Krieg in der Ukraine und zu Russland. Herausgekommen ist keine klare Haltung, was wegen der fehlenden Analyse über den Charakter dieses Krieges auch nicht gerade verwunderlich ist. Auf dem Parteitag wurden geopolitischen Veränderungen und dahinterstehende Interessen nicht beraten.

Beschlossen wurde eine „scharfe Verurteilung“ des „verbrecherischen Angriffskriegs“ Russlands auf die Ukraine. Waffenlieferungen an die Ukraine wurden mehrheitlich abgelehnt. Ebenso die Erhöhung des Rüstungsetats auf 2% des BIP sowie das 100-Milliarden-Sondervermögen zur Ertüchtigung der Bundeswehr. Man will kein neues Wettrüsten und keine Konfrontation zwischen dem Westen und China. Der Parteitag entschied sich für Sanktionen gegen Russland, wenn sie sich gegen die ökonomische Machtbasis von Putin und gegen Oligarchen richten und nicht gegen die einfache Bevölkerung.

Jeder Krieg ist eine Niederlage!

Auch gegen diesen Krieg müssen Linke angehen. Er nützt den Rüstungskonzernen und kapitalistisch-imperialistischen Bestrebungen und schadet der Mehrheit der Menschen. Dass Tausende sterben müssen, dass Städte und Infrastruktur zerstört werden und die Ukraine in einem geopolitischen Stellvertreterkrieg aufgerieben wird, können wir nicht akzeptieren! Norbert Wohlfahrt und Johannes Schillo schreiben in der jungen Welt vom 24. Mai 2023 in ihrem Artikel „Im Schützengraben“: „Mit der nichts erklärenden, aber den Feind definieren-

den Formel vom »russischen Angriffskrieg« ist die Frage des Kriegsgrunds erledigt und die moralische Verurteilung des Kriegsverbrechers Putin und seiner völkerrechtswidrigen Vorgehensweise kann sich in geradezu furchterregender Hemmungslosigkeit verbreiten.“

Der Bösewicht steht fest. Russland werden eigene Sicherheitsinteressen abgesprochen. Dass seit 2014 Krieg in der Ukraine herrscht, wird ausgeblendet. Man bleibt auf der Erscheinungsebene und kann sich diesen Krieg nur mit der moralischen Verwerflichkeit von Putin erklären. Erklären? Genau das passiert eben nicht! Dass und wie sich die Welt geopolitisch neu sortiert, bleibt außen vor. Da sind inzwischen bürgerliche Denker viel weiter als die Beschlüsse des linken Parteitags. So kann DIE LINKE. jedenfalls nicht kraftvoll gegen den anwachsenden Kriegstaumel angehen.

Sanktionen – aber nur gegen Oligarchen?

Sind Sanktionen zivile, gewaltfreie Alternativen zu militärischer Gewalt? Können Sanktionen den Krieg beenden und treffen sie wirklich Putin und die Oligarchen?

Auch unter Linken gibt es die Meinung, ein solcher Krieg verlange nach einer scharfen Reaktion. Man will keinen deutschen Eintritt in den Krieg, sieht aber in Sanktionen die Alternative „...denn mit dem Geld für russisches Öl und Gas füllen wir Putins Kriegskasse“.

Was ist dran an dieser Argumentation?

Dazu schreibt Joachim Guilliard in seinem Artikel „Wer ruiniert wen?“ (junge Welt vom 2.3.2023): „Doch natürlich fließen auch in Russland Importeinnahmen nicht direkt in die Kriegskasse, sondern dienen vorwiegend der allgemeinen Versorgung des Landes. Wie überall bekommen in Russland in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger die Engpässe zu spüren, lange vor dem Militär. Dies ist einer der Gründe, warum noch nie ein Krieg durch Wirtschaftsblockaden gestoppt werden konnte.“

Es stimmt auch nicht, dass jeder Angriff eines Staates auf einen anderen automatisch harte Gegenreaktionen Deutschlands oder der EU nach sich ziehen müsste. Es gibt zahlreiche Beispiele von Kriegen, wo niemand in den Hauptstädten des Westens auch nur auf eine solche Idee gekommen ist. Am wenigstens natürlich bei den zum Teil wesentlich verheerenderen Kriegen, die die USA und ihre europäischen Verbündeten selbst in den letzten Jahrzehnten führten.

Auch auf den russischen Einmarsch in die Ukraine hätten sie durchaus anders reagieren können und die deutsche Regierung hätte es auch müssen, mit Blick auf die besondere Verantwortung, die Deutschland aufgrund der Verbrechen des deutschen Faschismus gegenüber den Völkern der ehemaligen Sowjetunion hat. Berlin hätte sich, statt Waffenlieferungen und Embargomaßnahmen einzuleiten, für einen raschen Waffenstillstand und Verhandlungslösungen einsetzen können und dafür viel Zustimmung und Unterstützung außerhalb Europas geerntet.“

Den von Baerbock gewünschten Ruin Russlands „wollen USA und EU vor allen durch die Handels- und Finanzblockaden erreichen, oder wie es Frankreichs Wirtschaftsminister Bruno Le Maire ausdrückte, durch einen »totalen Wirtschafts- und Finanzkrieg«. Sie werden zwar

durchweg als »Sanktionen« bezeichnet. Da es sich aber um Blockaden einer Kriegspartei gegen eine andere handelt, ist der Begriff hier jedoch völlig verfehlt.“

Sanktionen und Wirtschaftskrieg treffen immer die Bevölkerung!

Der belgische Professor Marc Bossuyt, Mitglied eines Unterausschusses der UN-Menschenrechtskommission, schreibt: „Die Theorie, hinter Wirtschaftssanktionen ist, dass ökonomischer Druck auf die Zivilbevölkerung in Druck auf die Regierung übersetzt wird, ihre Politik zu ändern. Diese Theorie ist bankrott, sowohl rechtlich wie praktisch“ (Marc Bossuyt, The adverse consequences of economic sanctions on the enjoyment of human rights). „Allgemein haben Wirtschaftsblockaden selten einen signifikanten Einfluss auf die Politik der angegriffenen Länder. Im Fall Russlands kommt hinzu, dass ein so mächtiges Land mit so großen Ressourcen offensichtlich nicht effektiv blockiert werden kann. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist Russland die elftgrößte Volkswirtschaft der Welt, kaufkraftbereinigt sogar die sechstgrößte. Vor allem seine Rolle als wichtigster Rohstoffexporteur neben den USA, Kanada und Australien verschafft dem Land eine strukturell bedeutende Position in der Weltwirtschaft. Daher haben die antirussischen Blockaden auch derart starke wirtschaftliche Auswirkungen in der ganzen Welt.“

Im MenschenRechtsMagazin Heft 3/2004 wird der Bossuyt-Bericht ausgewertet. Die Autoren Marike Piotrowicz (Berlin)/Corina Zanetti (Genf) schreiben:

„Einer oft zitierten Studie des International Institute of Economics (IIE) über die Wirksamkeit von Sanktionen zufolge hatten nur ein Drittel aller Sanktionen im Zeitraum vom Ersten Weltkrieg bis 1990 im Hinblick auf die gewünschten politischen Änderungen partiellen Erfolg.“

Angeführt wird auch eine weitere Studie von Kim Richard Nossal, Professor der Politikwissenschaften an der Queen's University, Kingston, Ontario, Kanada. Er hat den Zusammenhang zwischen der Regierungsform des sanktionierten Landes und dem Erfolg der Sanktionen anhand von mehr als 100 Fällen seit 1900 untersucht. „Das Ergebnis ist für die Legitimität von Sanktionen nahezu vernichtend: Von den seit 1945 verhängten Sanktionen werden nur 14 als Erfolge bezeichnet. Die Erfolgsquote von Sanktionen gegen Regime ohne Mehrparteiensystem führt sogar noch weniger zur erwünschten Änderung der politischen Linie. (...) Die Gründe dafür sind hauptsächlich im politischen System des jeweiligen Landes zu finden: In einem autoritären System hat die Bevölkerung keine Möglichkeit, das Regime mit friedlichen Mitteln unter Druck zu setzen und zu einer anderen, weniger aggressiven Politik zu bewegen. Schlimmer noch, der durch die Sanktionen zumindest mitbedingte niedrige Lebensstandard der Bevölkerung hat deren Bindung an das Regime in vielen Fällen verstärkt. Durch ansteigende Lebenshaltungskosten verarmt die Gesellschaft, die wirtschaftlich unabhängige und oft reformbereite Mittelschicht bricht weg. Die Not der Menschen, gepaart mit geschickter Propaganda, führt nicht selten zur Ablehnung und Abwendung von der Staatengemeinschaft und eint das Volk hinter der Führung. (...) Auch wirtschaftlich kann die politische Elite durch verstärkte Aktivitäten auf dem Schwarzmarkt von Sanktionen profitieren. (...).

Wirtschaftliche Embargos treffen besonders die Zivilbevölkerung hart. Alle notwendigen Güter, die nicht im Staat hergestellt werden können, sind der Bevölkerung nicht mehr zugänglich. Außerdem hat unter einem Boykott auch die exportierende Industrie zu leiden; theoretisch könnte sie ihre Produktion zwar auf die Herstellung der im Land benötigten Güter umstellen, tatsächlich gehen jedoch durch den Wegfall der Exportindustrie viele Arbeitsplätze verloren.“

Machtinstrument westlicher Staaten

Derzeit werden 40 Staaten von den westlichen Ländern sanktioniert. Es sind vorrangig Länder des globalen Südens und Ostens. Dass andererseits die westlichen Länder von Sanktionen getroffen werden könnten, ist derzeit außerhalb jeder Vorstellung.

So zeigen sich Sanktionen als Machtinstrument der westlichen Staaten. Und die Sanktionen haben Auswirkungen auf die ganze Welt.

Guilliard führt dazu aus („Wirtschaftssanktionen eine Alternative zum Krieg?“): „Dieser Stellvertreterkrieg zwischen der USA und NATO auf der einen und Russland auf der anderen Seite wird nicht nur auf dem Rücken der ukrainischen und russischen Bevölkerung geführt, sondern zulasten der ganzen Welt. Er ist dabei, die gesamte Weltwirtschaft zu destabilisieren. Nicht nur Treibstoff und Getreide wurden weltweit knapp, sondern auch Düngemittel. Gleichzeitig explodierten die entsprechenden Preise auch für viele andere lebensnotwendige Güter. Dadurch ist in vielen armen Ländern im globalen Süden die Nahrungsversorgung eingebrochen.

Politik und Medien bemühen sich eifrig, die Folgen der westlichen Blockadepolitik zu verschleiern. Nach herrschender Sprachregelung sind allein die russische Invasion und »Putins Energiekrieg« für Engpässe und Preissteigerungen verantwortlich. Für nüchterne Betrachter besteht dagegen überhaupt kein Zweifel, dass die heftigen wirtschaftlichen Erschütterungen hauptsächlich auf die vielfältigen Boykottmaßnahmen zurückzuführen sind.“

Gegen den „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“ – völkerrechtswidrige Sanktionen?

Bereits in ihrer Resolution vom 4. März 1994 hatte die UNO-Menschenrechtskommission eine Stellungnahme zu Sanktionen abgegeben. Da wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen die volle Verwirklichung aller Menschenrechte unmöglich machen, fordert die Resolution unter Hinweis auf die Allgemeine Menschenrechtserklärung alle Staaten auf, derartige Praktiken zu unterlassen.

Der Hohe Kommissar für Menschenrechte der UNO stellte fest, dass

- „auch bei Maßnahmen des Sicherheitsrates nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen die im internationalen Recht verankerten Menschenrechte der Betroffenen respektiert werden müssen, insbesondere die Genfer Konvention, die das Aushungern der Zivilbevölkerung und die Zerstörung von Lebensnotwendigem verbietet;

- Wirtschaftssanktionen praktisch immer dramatische Auswirkungen auf die in der »Konvention über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte« garantierten Rechte haben;
- humanitäre Ausnahmen bei Sanktionen, um die Zufuhr lebensnotwendiger Güter zu ermöglichen, nach Feststellung mehrerer UN-Studien kaum positive Auswirkungen haben und auch auf einen zu engen Rahmen beschränkt waren. Sie berücksichtigten z.B. nicht Fragen wie Schulbildung, Versorgung mit sauberem Wasser und angemessene Gesundheitsversorgung.“

Die Resolution vom 4. 3. 1994 verweist auf »das Recht eines jeden, auf einen für Gesundheit und Wohlergehen ausreichenden Lebensstandard, der Nahrung, medizinische Versorgung, Unterkunft und notwendige soziale Dienstleistungen beinhaltet«. Sie führt explizit Handelsbeschränkungen, Blockaden, Embargos, das Einfrieren von Guthaben als menschenrechtswidrige Zwangsmaßnahmen an und stellt ausdrücklich fest, dass essentielle Güter wie Lebensmittel und Medizin nicht als politisches Druckmittel verwendet werden sollen.

Schlussfolgerung

Allein diese kurze Abhandlung zeigt, dass die Beschlussfassung des Parteitags 2022 der Linkspartei viel zu oberflächlich und moralisierend ist. Wirtschaftskriege haben oft ebenso dramatische Folgen auf die Bevölkerung wie militärische Kriege. Und wer gibt den westlichen Ländern die Legitimation zu Sanktionen? Wer „die Demokratie“ verteidigen will, kann dieses Recht des Stärkeren nicht dulden. Hans von Sponeck, Autor, Hochschullehrer und UN-Diplomat, erweitert diesen Aspekt noch und will: „(...), dass wir uns von der „Vorstellung einer direkten Beeinflussung oder Kontrolle anderer Staaten (...) verabschieden. Wir müssen uns einfach daran gewöhnen, dass wir nicht in einer Kolonialsituation leben, dass die Länder unabhängig geworden sind.“

Hat DIE LINKE. den politischen Kompass derart verloren, dass uns bürgerliche Intellektuelle hier Nachhilfeunterricht geben müssen?

2.4 Uwe Krüger: Gedanken zur friedenspolitischen Position Jan van Akens

Am 17. März dieses Jahres referierte Jan von Aken auf Einladung des Kreisvorstandes der Partei in Marburg über „Ukraine-Krieg – Wie weiter?“. Wie immer bei solchen Gelegenheiten machte ich mir einige knappe Notizen – und jetzt liegen diese Mitschriften wieder vor mir ... Einige Stichpunkte stehen irgendwie verloren auf dem Blatt und sagen mir mittlerweile schon nichts mehr – sicherlich ein Zeichen dafür, dass Jan Gedanken entwickelte, die ich eingängig fand. Aber dann fällt der Blick auch auf einige mittelgroße Fragezeichen, die ich seinerzeit an den Rand krickelte ... Und da eine Betrachtung von Dissenzpunkten politische Diskurse in der Regel mehr befördert als die Feststellung von Gemeinsamkeiten, jetzt etwas zu diesen Punkten.

Auf die Kritik, dass die Partei vor dem Hintergrund des Krieges erstmals Teile des Sanktionsregimes gegen Russland mitrug und damit die bisherige Ablehnung dieser Praktiken aufgab, reagierte Jan nach meinen Aufzeichnungen ungefähr mit dieser Aussage: „Meine südafrikanischen Genossen verweisen mich darauf, dass das Apartheidregime ohne Boykottmaßnahmen nicht zu Fall gebracht worden wäre.“ Interessant – es gibt also auch gute Sanktionen?! Doch was waren das eigentlich für „Sanktionen“? Zwar entsinne ich mich noch der Kampagne „Kauft keine Früchte aus Südafrika“ – doch ich erinnere mich auch an die vielen Militärfahrzeuge mit einem deutschen Stern auf dem Kühler, die in Filmberichten zu sehen waren, wenn die südafrikanische Armee bis in die letzten Jahre der Apartheid einmal wieder in den Nachbarstaaten oder dem eigenen Land wütete.

Eine kurze Recherche scheint mich zu bestätigen. Ein Bericht der UN-Welternährungsorganisation hält im Rückblick fest: „Die Maßnahmen hatten zum Teil empfehlenden Charakter und waren leicht zu umgehen. ... Die wirtschaftlichen Wirkungen der Sanktionen gegen Südafrika waren weitaus geringer als ihre Befürworter annahmen.“

(<https://agris.fao.org/agris-search/search.do?recordID=US2016211377> – letzter Abruf am 13.05.2023.)

Und der Bericht einer Einrichtung der Schweizer Regierung kommt zum Ergebnis: „Insgesamt waren die gegenüber Südafrika verhängten Sanktionen stark begrenzt und wiesen zahlreiche Lücken und Ausnahmemöglichkeiten auf. Ein Grund für die begrenzten Sanktionen lag sicherlich darin, dass die Regierungschefs Großbritanniens, der USA und Deutschlands Sanktionen nicht als das richtige Mittel erachteten, um eine politische Veränderung in Südafrika herbeizuführen.“

(https://-www.snf.ch/media/de/h2d0cnYdkxJDTR5e/nfp42p_staehelin-d.pdf - letzter Abruf am 13.05.2023.)

Vielleicht sollten wir also doch bei der alten Erkenntnis bleiben: Wirtschaftssanktionen waren immer das Instrument der wirtschaftlich Mächtigen – und immer das Instrument gegen Staaten, die sich „querlegten“ (warum und in welcher Richtung auch immer). Auch diese Meldung aus dem April könnte den Teilen der Partei, die sich jetzt in einem weiteren zentralen Punkt dem „Mainstream“ anschließen wollen, zu denken geben: „Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat sich mit überwältigender Mehrheit gegen Sanktionen

ausgesprochen. Die einzigen Länder, die dagegen stimmten, waren die USA, Großbritannien, Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Georgien und die Ukraine. Mexiko enthielt sich der Stimme. 33 Mitgliedsländer stimmten am 3. April [2023; U.K.] für und 13 gegen die "Resolution zu den negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Wahrnehmung der Menschenrechte", die alle Staaten auffordert, "keine einseitigen Zwangsmaßnahmen mehr zu ergreifen, beizubehalten, durchzuführen oder anzuwenden." (<https://amerika21.de/2023/04/263482/un-menschenrechtsrat-gegen-sanktionen> – letzter Abruf am 13.05.2023.)

Die jahrzehntelangen engen Beziehungen Deutschlands und Russlands auf den Erdgasmärkten kommentierte Jan ungefähr so: „Das deutsche Kapital verschaffte sich damit Extravorteile.“ Richtig – aber blieben diese Vorteile nur beim Kapital hängen? Oder hat vielleicht (auch) die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit von diesen Verhältnissen profitiert. Wer so lakonisch auf die (Energie-)Vergangenheit zurückblickt, hat auch mit den Vorgängen rund um das Thema „North Stream“ wenig Probleme: „Natürlich können wir in der Partei über die Sprengung der Gasleitungen sprechen - aber als alter Greenpeacer war ich von Anfang an der Meinung, dass wir diese Pipeline nicht brauchen.“ Dann mag’s auch gut sein, wenn dieser überflüssige Rummel endgültig verschrottet ist. Die in einer Frage an Jan geäußerte Mutmaßung, dass in der Partei über diesen Vorgang kaum gesprochen werden dürfe, ist also falsch: Es DARF darüber gesprochen werden. Aber wenn über diese letztendlich überflüssigen und klimaschädlichen Pipelines nicht gesprochen werden MUSS, läuft es am Ende auf das Gleiche hinaus: Ein Schweigen mit den Wölfen. Und das, obwohl Sahara Wagenknecht durch hartnäckiges Nachfragen der Regierung Aussagen abrang, die nahelegen: Es gibt weitreichende Kenntnisse zur Urheberschaft des Anschlags – aber sogar Abgeordnete des Deutschen Bundestages dürfen sie offensichtlich nicht erfahren!

(<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/exklusiv-nord-stream-explosionen-ostsee-linke-politikerin-sahra-wagenknecht-bundesregierung-verweigert-informationen-zu-pipeline-anschlaegen-li.277250> – letzter Abruf am 13.05.2023.)

Das war ein politisches Husarenstück, das auch im Ausland aufmerksam wahrgenommen wurde – doch die Möglichkeiten, die sich unserer Partei damit in der politischen Auseinandersetzung boten, blieben komplett ungenutzt. Vielleicht auch in diesem Fall (immerhin eine gigantische und hochreale staatsterroristische Verschwörung) aus der paranoiden Angst heraus, in die Nähe von „Verschwörungstheoretikern“ gerückt zu werden?

Was die von Jan implizit in den Raum gestellten Klimavorteile der gesprengten Pipelines betrifft: Leitungsgebundene Lieferungen von traditionell gefördertem Erdgas aus Russland gibt es nicht mehr – dafür ein erneutes Verfeuern von Kohle und ein Ersatz mit Flüssiggas, das per Schiff angeliefert werden muss und zu einem großen Teil aus Frackinggas besteht. Gerade angesichts der großen energetischen Umwandlungsverluste beim Verflüssigen des Frackinggases und wegen der dabei entstehenden Emissionen von Methan (einem hochwirksamen Klimagas) wäre eine Klima- bzw. Umweltbilanz unserer „alternativen“ Energieversorgung schon von Interesse. Hier könnte Jan als alter Greenpeacer vielleicht etwas in Bewegung setzen – aber besser nicht unter Einbeziehung des „Ökoinstituts“ (da ein

entsprechender Forschungsauftrag auf dem Schreibtisch der Anverwandten des Ministers Habeck landen könnte).

„Irak-Krieg“ steht etwas verloren unten auf einer Seite - nicht nur mit Fragezeichen, sondern sogar mit Ausrufezeichen garniert. Hier überblicke ich nicht mehr, ob Jan dazu etwas sagte - oder ob ich dieses Stichwort notierte, um Jan auf eine Aussage anzusprechen (was aus Zeitgründen nicht mehr möglich war), die ebenfalls aus dem Hause der Luxemburg-Stiftung stammt. Denn der von mir eigentlich sehr geschätzte Ingar Solty hatte in einem Webinar Ende letzten Jahres die Auffassung vertreten, dass der Krieg Russlands in der Ukraine quasi auf eine Ebene mit dem Irak-Krieg der USA zu setzen ist (<https://nie-wieder-krieg.org/2022/10/15/vorankuendigung-die-zukunft-der-weltordnung-ist-nach-dem-krieg-vor-dem-krieg-webinar-am-donnerstag-dem-10-november-2022-1900-uhr/> - siehe dort v.a. das Video von 2:27 bis 5:28 min; letzter Abruf am 13.05.2023).

Auch der von ihm selbst angedeutete Umstand, dass NATO-Raketen, wenn sie in der Ukraine stationiert wären, in 5 min Zentren Russlands erreichen würden, während Raketen aus dem Irak erst nach 45 min auf NATO-Stützpunkten im östlichen Mittelmeer einschlagen würden (aber eben nicht in den USA!), hielt ihn nicht von diesem Vergleich ab.

Warum dieser Vergleich von einem Vordenker unserer Partei kommt - wo doch viele andere Beobachter, die nie eine Nähe zu Russland hatten, laut oder leise die Frage stellen, wie wohl die USA reagieren würden, wenn gegnerische Mächte unmittelbar an ihren Grenzen Militärgerät in beachtlichem Ausmaß konzentrieren? Vielleicht ist dies ein Hinweis darauf, wie schlecht es sich – einmal auf den Zug der „Äquidistanz“ geklettert – anschließend wieder abspringen lässt. Zum Schluss schaue ich dann noch einmal auf die Einladung zu dieser Veranstaltung. Vom „Angriffskrieg Russlands“ und von der „Aggression Russlands“ ist hier die Rede - andere aggressive Akteure werden nicht benannt. Das kommt mir bekannt vor: Ganz am Anfang der Diskussion hatte ich Jan gefragt, ob die Erklärung vom Vorstand der Partei und der BT-Fraktion zum Kriegsbeginn nicht besser geraten wäre, wenn sich in ihr zumindest knappe Andeutungen gefunden hätten, dass es eine Vorgeschichte zum 24.02.2022 gibt. Nein, sagte Jan, denn dadurch wäre Russland entschuldigt worden – was aus meiner Sicht nicht stimmt, denn im Höchstfall wäre es auf eine Teil-Entschuldung hinausgelaufen. Vor allem aber wäre der Hinweis doch nicht falsch gewesen, dass die langjährigen Entwicklungen, die zu diesem Krieg führten, nicht nur von einer Seite ausgingen. Aber so blieb es bei der üblichen – nur auf Russland gerichteten – Sichtweise und Schuldzuweisung.

Große Teile der Partei wollen eben endlich einmal Teil der guten Familie sein - und meinen, dieses auch durch die gewählten Begrifflichkeiten („Angriffskrieg Russlands“) demonstrieren zu müssen. Dazu der Tipp, dass es noch besser geht: Zukünftig sollte in Übereinstimmung mit der üblichen Sprachregelung nur noch vom PVAK-GDU gesprochen werden - „Putins verbrecherischem Angriffskrieg gegen die Ukraine“.

Und so wird sich unsere Partei weiterhin in einem irgendwie unbestimmten Kurs durch Krieg und Frieden bewegen. Aber wird sie am Ende eine Position beziehen, die der konsequent friedensbewegte, linke und kritische Teil der Bevölkerung wirklich überzeugend findet?

2.5 Siegfried Müller-Maige & Naisan Raji:

„Rechtsoffen“ und andere politische Kampfbegriffe gegen linke Politik

Die politischen Auseinandersetzungen in unserer Gesellschaft haben sich in den letzten Jahren dramatisch zugespitzt und verschärft. Das gilt auch und vor allem für die Partei DIE LINKE und die gesellschaftliche Linke insgesamt. Deshalb wollen wir uns hier mit einigen Kontroversen innerhalb der Linken auseinandersetzen.

Wir beobachten, dass gemeinsame klare Begriffe und Konzepte zur Orientierung linker Politik zunehmend durch unklare und bewusst schwammige, nahezu willkürlich instrumentalisierbare Begriffe vernebelt und verdrängt werden. Kämpfe gegen Ausbeutung und Kapitalherrschaft, gegen Kapitalismus, Imperialismus und Krieg, gegen alle Formen von Diskriminierung– oder positiv gewendet: für Frieden und Solidarität, für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, für die Interessen der arbeitenden und benachteiligten Bevölkerung, für eine soziale und ökologische Politik, für Sozialismus und proletarischen Internationalismus, all das scheint häufig nicht mehr charakteristisch zu sein für linke Politik. Dadurch, dass gesellschaftliche Debatten beispielsweise als scheinbar rechtsoffen kritisiert und geblockt werden, wird sowohl vom Problem als auch von klaren linken Positionen abgelenkt. Dabei ignorieren die KritikerInnen, dass die Rechten immer schon Begriffe und Konzepte von Linken übernommen und für ihre nationalistische und rassistische Politik missbraucht haben. Um das und die daraus resultierenden politischen Irritationen zu verhindern, dürfen sich Linke nicht von den entsprechenden politischen Standpunkten zurückziehen, sondern müssen deren Missbrauch durch die Rechten entlarven. Wenn die Linke das unterlässt, schwächt sie sich nicht nur selbst, sondern stärkt die Rechten. Genau das erleben wir seit einiger Zeit. Einige dieser Begriffe wollen wir nun etwas genauer unter die Lupe nehmen. Dabei lassen wir uns von Fragen leiten wie: Was ist der Kern der Kontroverse? Warum wird sie so erbittert geführt? Welche objektiven Interessen werden damit bedient? Es gibt natürlich noch weitere Konzepte mit ähnlicher Funktion, auf die wir hier nicht eingehen können (z.B. BGE und offene Grenzen). Gemeinsam ist all diesen „neuen“ Begriffen und Konzepten, dass sie die relativ klaren Grenzen zwischen Menschen, die auf der linken, sozialen und emanzipatorischen Seite stehen und jenen, die tatsächlich rechts stehen und reaktionär sind, zum Schaden der Linken und zur Freude der Rechten und der sogenannten Mitte verwischen.

1. israelbezogener Antisemitismus

Die genaue Definition von Antisemitismus für unterschiedliche Formen von Hass auf Jüdinnen und Juden, auf Personen und Sachen, ist politisch und wissenschaftlich umstritten. Wir verstehen Antisemitismus als eine besondere Form von Rassismus, die mit dem Holocaust eine unvorstellbare Systematik und Brutalität erreicht hat. Vor dem Hintergrund dieser Geschichte tragen Deutschland und die Deutschen bei der Bekämpfung des Antisemitismus eine besondere Verantwortung.

Antisemitismus wurde lange Zeit vor allem als Gefahr von rechts und der bürgerlich-christlichen Mitte wahrgenommen. Dennoch gibt es auch schon lange Diskussionen über einen scheinbar linken Antisemitismus. Zum einen wurzelt dieser Vorwurf schon in der von Marx entwickelten Kritik am Kapitalismus. Dem liegt – aus marxistischer Sicht – allerdings eine vereinfachend falsche Gesellschaftsanalyse zugrunde: Statt das Kapital als widersprüchliche Einheit gesellschaftlicher Klassen zu begreifen (Bourgeoisie, Proletariat, Mittelschichten), wird ein personifizierter Scheinwiderspruch zwischen einzelnen Kapitalisten und der Mehrheit der Bevölkerung konstruiert, wobei dessen rassistisch-antisemitische Variante die Kapitalisten noch auf einige erfolgreiche jüdische Kapitalisten verengt und diese dem „Rest der Nation“ gegenüberstellt. Zuletzt hat sich dieser Vorwurf im Kontext linker Globalisierungskritik (z.B. auch bei attac) und der Geldpolitik (Kritik an der Wallstreet und EZB) der Occupy- und Blockupy-Bewegungen entzündet. Marxistische Linke müssen sich gegen diese falschen und vereinfachenden Analysen und dem damit verbundenen Vorwurf „linker Antisemitismus“ wehren, indem sie diese Pseudoanalysen als unwissenschaftlich (nicht marxistisch) auch in den eigenen Reihen zurückweisen und deren rassistischen und nationalistischen Missbrauch aufdecken. In einer lesenswerten Rezeption des Buches von Mario Keßler: „Sozialisten gegen Antisemitismus“, behandelt Sabine Kebir dieses Thema ausführlicher.³¹

Eine weitere Ursache steht im Zusammenhang mit der Gründung des Staates Israel und der Erweiterung der Definition von Antisemitismus.³² Dadurch rückt der sog. israelbezogene Antisemitismus in den Mittelpunkt, womit praktisch jede Kritik an der Politik israelischer Regierungen gegen die palästinensische Bevölkerung (Menschenrechtsverletzungen) zurückgewiesen wird. Dieser Vorwurf wiederum richtet sich vor allem gegen Linke, allerdings nicht nur in Deutschland, sondern weltweit und sogar gegen jüdische und israelische Linke und Kritiker. Damit konnte beispielsweise Uwe Becker, hessischer Antisemitismusbeauftragter und CDU-Mitglied, die Jüdin Judith Bernstein, die im Holocaust Familienmitglieder und Verwandte verloren hat, als Antisemitin diffamieren. Dagegen hat Judith Bernstein erfolgreich geklagt. Ihre Rede beim Frankfurter Verwaltungsgericht am 4. 5. 2023 kann hier nachgelesen werden³³.

Auch die politische und materielle Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung wird mit dem Vorwurf „israelbezogener Antisemitismus“ diskreditiert. Wer z.B. die BDS-Kampagne (*Boycott, Divestment, Sanctions*) unterstützt oder, wie die LINKE, im Parlament gegen deren Einstufung als antisemitisch stimmt, gilt als Antisemit.

Eine politisch besonders hässliche aber leider erfolgreiche Kampagne gegen linke Politik mit dem Konstrukt „israelbezogener Antisemitismus“ bietet die britische Labour Party.

31Sabine Kebir: Unterschätztes Problem. junge Welt, 2. 6. 2023, S. 12
(<https://www.jungewelt.de/artikel/451936.antisemitismus-untersch%C3%A4tztes-problem.html>)

32vgl. International Holocaust Remembrance Alliance IHRA):
<https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>.

33Judith Bernstein: Rede beim Frankfurter Verwaltungsgericht am 4. 5. 2023
(<https://www.jpdg.de/meldungen/2023/5/12/judith-bernsteins-rede-beim-frankfurter-verwaltungsgericht-am-04052023>)

Gemeinsam mit bürgerlichen Massenmedien diffamierten Leute aus der eigenen Partei Jeremy Corbyn und seine MitkämpferInnen und trugen damit zur Wahlniederlage der eigenen Partei bei (Brexit-Wahl 2019). Diese Niederlage führte zum Rücktritt Corbyns. Hauptakteur gegen Corbyn war und ist Sir Keir Starmer, früher Corbyns Schattenminister und dann Nachfolger an der Parteispitze. Damit aber nicht genug: Corbyn und viele UnterstützerInnen wurden danach in der Fraktion und der Partei politisch kaltgestellt oder ausgeschlossen (Säuberung). So konnte Starmer, wie damals Tony Blair, die Partei weit nach rechts rücken.

Neben Antisemitismusbeauftragten wie Felix Klein und Uwe Becker sind sog. Antideutsche, die sich selbst als Linke verstehen und oft sogar Mitglieder der LINKEN sind, besonders aggressive Gegner linker Israelkritik und palästinensischer Unterstützung. Das Konstrukt „israelbezogener Antisemitismus“ und seine vor allem von „links“ betriebene aggressive Instrumentalisierung gegen linke Politik schwächt nicht nur die gesamte Linke, sondern vernebelt auch die reale, oft tödliche Gefahr des Antisemitismus von rechts.

2. rechtsoffen, AfD-nah, Querfront

Mit diesen schwammigen und daher willkürlich besetzbaren Vorwürfen gegen linke Politik werden Positionen bezeichnet, die vermeintliche Schnittmengen mit den Positionen der Rechten haben. Im deutschen Diskurs wird die politische Rechte spätestens seit 2015 überwiegend mit der AfD gleichgesetzt. Kleinere rechtsextreme Parteien wie die NPD oder der III. Weg spielen seit den Wahlerfolgen der AfD nur noch eine untergeordnete Rolle. Seit 2020 wird auch die schwer abgrenzbare Personengruppe der Kritiker der Maßnahmen zur Eindämmung von Covid19 zum rechten Spektrum gezählt. Während bei der AfD durch rassistische Äußerungen und Vorschläge ein eindeutiger Beleg für rechte Politik gegeben ist, wird bei den Kritikern der Maßnahmen v.a. Wissenschaftsfeindlichkeit und Verschwörungsideologie als Nachweis rechter Inhalte herangezogen. Dabei wird ignoriert, dass Wissenschaft nicht per se links ist, sondern erkenntnistheoretische und weltanschauliche Grundlagen von Einzelwissenschaften die Forschungsprozesse und -erkenntnisse prägen.

Die Virulenz der Begriffe „AfD-nah“ und „rechtsoffen“ ist Folge einer Tendenz, linke Positionen durch eine formale Abgrenzung von AfD und anderen rechten Positionen zu definieren. Inhaltliche Auseinandersetzungen werden auf diese Weise durch eine zügige und nicht weiter begründete Einschätzung von Positionen oder Personen als rechtsoffen ersetzt. Allerdings ersetzt eine Bestimmung linker Politik durch Abgrenzung von AfD und anderen Rechten keine wissenschaftlich und politisch fundierte Ableitung linker Forderungen. Dies wird vor allem dadurch zum Problem, dass rechte Politik nicht nur durch Rassismus, Sexismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit charakterisiert ist, sondern es auch rechte Wirtschaftspolitik gibt, die durch Verhinderung von Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum gerade diskriminierte Personengruppen benachteiligt. Wirtschaftspolitische Positionen werden bei den Diskussionen um Rechts-offenheit häufig ausgeklammert und auf Fragen von Diskriminierung oder Abweichung von der veröffentlichten Meinung beschränkt.

Die Bestimmung linker Positionen durch Abgrenzung von rechts birgt auch die Gefahr, wichtige Themen den Rechten zu überlassen. Es gibt viele historische Beispiele, in denen linke Positionen von Rechten übernommen wurden. Dies betrifft auch und gerade fundamental linke Inhalte: Ein gravierendes Beispiel ist der Missbrauch des Sozialismusbegriffs durch die NSDAP, die aus opportunistischen Gründen Elemente aus der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung aufnahm und demagogisch umdeutete, wie etwa den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse zum Tag der nationalen Arbeit und später zum Feiertag ohne jeden Arbeitsbezug. Der Missbrauch durch die Nazis macht weder den 1. Mai als Kampftag für gute Arbeit noch eine Sozialismusperspektive obsolet. Ähnliches kann auch für das traditionell linke Thema der Entspannungspolitik festgestellt werden.

Ein mit Rechtsoffenheit oder AfD-Nähe assoziierter Begriff ist der Vorwurf der Querfront. Historisch für ein strategisches Zusammengehen bürgerlicher und linker Parteien mit dem Strasser-Flügel der NSDAP in der Weimarer Republik verwendet, wird der Begriff heute zur Delegitimierung linker Politik angeführt.

Mit den Mahnwachen für den Frieden, die 2014/15 anlässlich des Bürgerkrieges in der Ukraine in Folge des sogenannten Euromaidans in vielen Orten organisiert wurden, fand der Querfrontvorwurf Eingang in die Diskussionen in und um die Friedensbewegung: In lokal variierender Anzahl mengten sich zu den Mahnwachen Demonstranten, die dem rechten Spektrum zuzuordnen waren. Statt sich mit dem Anspruch, die Proteste mit linken Positionen zu dominieren, an den Aktionen zu beteiligen, erhoben Teile der gesellschaftlichen Linken wie auch der Partei DIE LINKE gegenüber den Teilnehmern Querfrontvorwürfe. Diese dienten vor allem dazu, die Auseinandersetzung um die Integration der postsowjetischen Nationalstaaten in die EU und NATO per Einschüchterung als rechts zu delegitimieren. Der Vorwurf der Querfront hängt damit eng mit den Begriffen Putinverstehler, Lumpenpazifisten und Friedensschwurbler zusammen, die nachfolgend behandelt werden.

Die Querfrontvorwürfe ebenso wie Rechtsoffenheit oder AfD-Nähe gegen Personen, Aktionen, Bündnisse oder gar Unterschriftensammlungen, wie zuletzt beim Manifest für den Frieden von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer zu beobachten, erweisen sich als schädlich für die Durchsetzungsperspektiven linker Politik. Gerade gesellschaftliche Ausnahmezustände wie die Corona-Pandemie, die Atomkriegsgefahr und die Energiepreisexplosion infolge des Ukrainekriegs und der Sanktionen gegen Russland politisieren eine wachsende Anzahl von Bürgern. Statt diese überheblich zu beleidigen und einzuschüchtern, ist es die Aufgabe von Linken, sie in oppositionelle Kämpfe zu integrieren und damit die Perspektive einer antikapitalistischen Bewusstseinsbildung zu eröffnen.

3. Putinverstehler, Friedensschwurbler, Lumpenpazifisten

Seit Putin die westliche, insbesondere die NATO-Politik gegenüber Russland verschärft kritisiert (insb. seit der Münchner Sicherheitskonferenz 2007) werden Menschen, die versuchen, die russischen Sicherheitsinteressen zu verstehen und zu berücksichtigen, als Putinverstehler diffamiert. Seit 2014 (Maidan, Bürgerkrieg gegen die Ostukraine, Anschluss der Krim an Russland) und insbesondere nach Beginn des russischen Angriffs gegen die Ukraine

(Feb. 2022) nahm diese Diffamierung zu, und neue Begriffe wie Friedensschwurbler und Lumpenpazifisten kamen hinzu. Leider werden diese Begriffe auch von Linken verwendet, die unbedingt in Berlin mitregieren wollen.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung dieser Wortneuschöpfungen ist die Ansicht, dass die internationale Politik seit Zusammenbruch der Sowjetunion, und dabei vor allem die Erweiterung der NATO, keine relevante Vorgeschichte der derzeitigen Eskalation darstellt und es deshalb ausreicht, nur auf den 24. Februar 2022 zu schauen und so Putin alleine und persönlich verantwortlich zu machen. Entsprechend einfach erscheint aus dieser Sicht dann auch die „Lösung“: Putin muss weg (Regime Change) und/oder die russischen Truppen müssen sich bedingungslos zurückziehen. Inzwischen reden westliche BellizistInnen auch offen über die Zerschlagung Russlands (Frau Baerbock forderte schon früh, dass Russland ruiniert werden muss).

Nun ist es nicht überraschend, dass bürgerliche und bellizistische AnalytikerInnen und Waffen-LobbyistInnen so argumentieren und mantra-artig immer mehr und modernere Waffen fordern, während sie gleichzeitig realistische Verhandlungen über eine Feuerpause, einen Waffenstillstand und Frieden ablehnen und stattdessen auf Sieg setzen. Daher Denunzierungen wie Friedensschwurbler und Lumpenpazifisten.

Aber warum vertreten auch Teile der Linken und der Partei DIE LINKE solche Ansichten?

Kern linker Friedenspolitik ist die Bewahrung von Frieden, also die Verhinderung von Kriegen. Mögliche Konflikte müssen früh erkannt, ihre Ursachen analysiert und nachhaltige Lösungen gemeinsam erarbeitet und umgesetzt werden. Das erfordert eine friedliche Außen- und Sicherheitspolitik, Vertrauensbildung, Entspannungspolitik, Abrüstung, internationale Zusammenarbeit usw. Wirtschaftliche und andere Interessen müssen dem Ziel, den Frieden zu erhalten, untergeordnet werden. „Der Frieden“, so Willy Brandt 1981, „ist nicht alles, aber ohne den Frieden (ist alles) nichts.“ Bricht dennoch ein Krieg aus, muss linke Politik alles tun, ihn zu beenden. Aufrüstung und Waffenlieferungen, unrealistische Bedingungen und Forderungen für einen Waffenstillstand, das Ziel zu siegen (Sieg-Frieden) statt zu verhandeln (Kompromiss-Frieden), all das unterstützt die Logik des Krieges, nicht die des Friedens.

Das Erfurter Programm der LINKEN trägt den Anforderungen einer solchen Politik weitgehend Rechnung. Die inner-linken Kontroversen entzündeten sich an aktuellen Interessen und der daraus folgenden Politik eines Teils der Parteiführung, der Bundestagsfraktion und führenden GenossInnen in den Bundesländern, vor allem der Hauptamtlichen und ihren Angestellten. Diese materiellen und machtpolitischen Interessen führen quasi automatisch zu dem immer stärker und offener vorgetragenen Wunsch, entsprechende Positionen im Erfurter Programm, die dem entgegenstehen, zu verändern oder ganz zu streichen. Das sind vor allem Forderungen wie „die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands“, „das sofortige Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr“, „ein Rüstungsexportverbot im Grundgesetz verankert“, „Deutschland müsse auf alle Atomwaffenoptionen verzichten, alle in Deutschland statio-

nierten Atomwaffen müssen abgezogen und vollständig vernichtet werden.“ „Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden.“³⁴

Diese Forderungen stehen einer Regierungsbeteiligung im Bund mit Grünen und SPD im Wege. Die SPD ist mehrheitlich längst von ihrer eigenen Entspannungspolitik unter Willy Brandt und Egon Bahr abgerückt, und die Grünen sind – neben Frau Strack-Zimmermann – aktuell die entschiedensten militärischen und wirtschaftlichen Kriegsbefürworter. Statt konsequenter Opposition gegen die Interessen des Kapitals und eine Regierung, die vor allem diese Interessen bedient, verstehen sich „Regierungslinke“ als Fraktion im Wartestand zum Mitregieren.

Bei der Frage mitregieren oder Opposition steht auch finanziell viel auf dem Spiel, weshalb die Kontroverse – zusätzlich zu inhaltlichen Fragen – so erbittert geführt wird.

Abschließend möchten wir noch darauf hinweisen, dass Marxisten in der Friedensfrage noch einen Schritt weiter gehen. Sie sehen in den Verwertungs- und Profitinteressen der herrschenden Klasse systembedingte Wurzeln kapitalistischer Kriege. Um solche Kriege dauerhaft zu verhindern reicht die bisher diskutierte linke Politik nicht aus. Notwendig ist letztendlich die Überwindung des kapitalistischen Systems.

Interessant an den hier kritisierten Begriffen ist, dass dabei ein jeweils positiver Begriff („verstehen“ – ja, auch und gerade den politischen Gegner, sowie „Frieden“ und „Pazifisten“) mit einem negativen Begriff (aus ihrer Sicht vor allem Putin, sowie Schwurbler und Lumpen) verbunden wird, so dass daraus zutiefst diffamierende und beleidigende Begriffe entstehen.

4. Identitätspolitischer Feminismus

Zeitgleich mit stets neuen Kampfbegriffen hat sich inzwischen ein neues Verständnis von vermeintlich progressiver, linker Politik teilweise durchgesetzt. Auch Teile der Partei DIE LINKE deuten dieses neue Verständnis von linker Politik an, wenn sie von einer modernen sozialistischen Gerechtigkeitspartei sprechen. Dem Selbstverständnis nach ist damit eine Abgrenzung von der „alten“ Linken gemeint, die als nicht mehr zeitgemäß betrachtet und, etwa mit den obigen Begriffen, in die Nähe reaktionärer Politik gerückt wird. Tatsächlich nimmt das „neue Links“ zwar Anleihen an linken Themen wie dem Kampf gegen Diskriminierung von Minderheiten. Bei genauerer Untersuchung zeigt sich jedoch, dass die Kämpfe für reale gesellschaftliche Veränderungen ersetzt werden sollen durch gesellschaftlich erzwungene individuelle Verhaltensänderungen bei der Sprache, den Einstellungen und Haltungen.

In Fragen der Geschlechterdisparität vollzieht sich diese Verschiebung hin zu einem bürgerlichen Feminismusverständnis, das dem Rahmen kapitalistischer Verhältnisse verhaftet bleibt, auch in Teilen der Linken. Während der Systemkonkurrenz war der Kontrast der Stellung der Frau zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Staaten in Werbung, Arbeit und Gesetzgebung sehr deutlich. Heute ist nicht mehr so offensichtlich, dass die

³⁴DIE LINKE: Programm, 2011, S. 69 ff.

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft entscheidend dafür sind, ob Unterdrückungsmechanismen gemildert bis (perspektivisch) überwunden oder aber verschärft und in Stein gemeißelt werden. Dadurch haben Erklärungsmuster Prominenz erlangt, die vor allem „das Patriarchat“ als Quelle der Frauenunterdrückung ausmachen. Nach dieser Logik wird die Unterdrückung der Frauen dadurch überwunden, dass Männer ihr Verhalten ändern. Dabei wird vernachlässigt, dass weder Frauen noch Männer homogene Gruppen sind. Alle Frauen haben ein Interesse, keiner Gewalt ausgesetzt zu sein und für gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen zu erhalten. Eine Frau, die aus einer wohlhabenden, gut vernetzten Familie kommt, die Zugang zu einem sicheren Wohnviertel, exzellenter Bildung und gut bezahlten Berufen hat, unterscheidet sich jedoch in ihrer Stellung in der Gesellschaft von einer Frau, die aufgrund der Kindererziehung in Teilzeit arbeitet, deswegen geringe Rentenansprüche erwirbt und in der Konsequenz abhängig von ihrer Partnerschaft ist. Die Interessen der zweiten Frau haben objektiv eine größere Schnittmenge mit einem männlichen Geringverdiener als mit Frauen der erstgenannten Gruppe. Beide würden von einer Rentenreform (sowie weiteren familienpolitischen Verbesserungen) profitieren, während die erste Frau auf private Altersvorsorge setzt. In identitätspolitischen Diskursen wird die zentrale These marxistischer Klassentheorie, wonach die entscheidende Grundlage der Klassenbildung die jeweilige Stellung im Produktionsprozess ist, durch persönliche Merkmale wie Geschlecht, Hautfarbe oder Sexualität, die zweifellos in vielen Fällen mit Benachteiligung und Unterdrückung einhergehen, ersetzt. Die Stilisierung von Personengruppen zum Subjekt politischer Kämpfe anhand solcher Merkmale führt in der politischen Praxis zu Segregation – das hat die Partei DIE LINKE auf ihren Parteitag mit nach Geschlecht und neuerdings nach Migrationsgeschichte getrennten Diskussionen vorgeführt. Das ist der parteipolitische Ausdruck der gesellschaftlichen Konsequenz identitätspolitischer Ansätze, die eine Katalogisierung verschiedener unterdrückter Gruppen vornehmen und damit die materiell bestimmte Klassenzugehörigkeit verschleiern. Die resultierende Spaltung der arbeitenden Bevölkerung ist zweckmäßig für den Erhalt kapitalistischer Bedingungen, weshalb identitätspolitische Ansätze nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch von Grünen bis hin zu Teilen der CDU aufgenommen und in Medien und Kultur als zeitgemäß dargestellt werden, während die Orientierung auf die gemeinsamen Klasseninteressen als Richtschnur linker Politik als veraltet diffamiert wird.

Fazit

Desorientierungen und Probleme, von denen wir hier einige diskutiert haben, sind Ausdruck tiefer gesellschaftlicher Widersprüche. Dabei handelt es sich im Kern um Schwierigkeiten der Kapitalverwertung: Das rasant wachsende Kapital im Globalen Westen, aber auch anderswo, ist ununterbrochen auf der Suche nach Profiten (Selbstverwertungszwang), auch und vor allem im Globalen Süden. Durch die Ausbeutung von Mensch und Natur, durch Landraub, Klimawandel, Artensterben, Umweltverschmutzung und -zerstörung usw. wird die dadurch verursachte Verarmung und Verelendung der Menschen und ganzer Gesellschaften bewusst in Kauf genommen.

Sichtbar werden diese Widersprüche in Form gesellschaftlicher Probleme, so im zunehmenden Auseinanderdriften von Reich und Arm (inner- und zwischenstaatlich), in zunehmenden Armutsrissen (Kinder, Alleinerziehende, Rentner), in zunehmenden Fluchtbewegungen aus dem besonders stark bedrohten Globalen Süden in den reichen Globalen Westen, in zunehmenden Gesundheitsproblemen (Coronavirus, Pflege usw.) oder in abnehmender Daseinsvorsorge usw. Hinzu kommen Kriege und geopolitische Verschiebungen mit der Gefahr weiterer Katastrophen und Kriege.

Marxistische Linke müssen diese Widersprüche analysieren und als Ausdruck gesellschaftlicher Bewegung und Veränderung verstehen. Sie müssen aus diesen Erkenntnissen die richtigen Konsequenzen für politisches Handeln ziehen, d. h. für eine Politik im Interesse der arbeitenden und benachteiligten Bevölkerungsmehrheit. Die Marxsche Gesellschaftstheorie und politische Ökonomie bietet dafür geeignete wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse, auf denen wir aufbauen können.

Diese Widersprüche und ihre Folgen in Form sozialer und politischer Verwerfungen bleiben unseren politischen Gegnern in Wirtschaft, Politik und Medien natürlich nicht verborgen. Da die wesentlichen Ursachen dafür aber in ihrem eigenen kapitalistischen System liegen, das sie erhalten und stärken wollen, sind ihnen grundsätzliche Lösungen nicht möglich. Einen Ausweg bieten Scheinlösungen, die die tatsächlichen Ursachen verschleiern und die Probleme auf andere Felder umlenken. Ihre Strategie ist es, Teile der arbeitenden Bevölkerung in diese "Lösungen" einzubinden ("Mitmachfalle") und damit uns, ihren Klassengegner, zu spalten und zu schwächen. Linke Alternativen und sozialistische Lösungen werden diskreditiert. Mit solchen Ansätzen war das Kapital in den letzten ca. 150 Jahren durchaus erfolgreich.

Es ist an uns, dem Kapital nicht zu weiteren Erfolgen zu verhelfen.

2.6 Lukas Hof: Frieden von rechts?

„Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung sich der Verantwortung Deutschlands für den Frieden in Europa besinnt und endlich engagierter für die Beendigung der Kampfhandlungen und den Frieden auftritt.“ (Auszug AfD Antrag 7. 2. 2023)³⁵

Verdreht mag manchen die Welt vorkommen, wenn ein oberflächlich gehegter Gedanke zu bröckeln beginnt. Rechte sind für den Krieg, Linke gegen ihn. Mögen solche Gewissheiten vor einigen Jahren noch ausgereicht haben, um in der politischen Gemengelage Orientierung zu geben, fehlt es heute an einem klaren Verständnis. Einhergehend mit der Entwicklungstendenz – weg von einem US-geführten neoliberalen Finanzmarktkapitalismus, hin zu einer multipolaren Weltordnung – gerät auch die gesellschaftliche Linke ins Wanken. Eine oberflächliche Positionsbildung jener Teile der gesellschaftlichen Linken, die sich weigern, eine klassenorientierte Politik inklusive entsprechender Analyse zu betreiben, scheitert derzeit krachend. In der letzten Ausgabe dieser Zeitung berichtete schon Siegfried Müller-Maige (Quo Vadis, Nr. 1, 03/23) über die analytische Bankrotterklärung der zeitgenössischen Linken und entwarf mit der verstärkten Zuwendung zu den Grundlagen des Marxismus einen hoffnungsvollen Gegenentwurf. Offensichtlich kommt die Linke derzeit nicht mehr aus ihrer selbst gestellten Falle heraus; wilde Modernisierungsrufe a lá progressive Linke und die Pflege altgedienter Phrasen sind Ausdruck der gesellschaftlichen Krise in ihren Reihen. Statt die Krise des herrschenden Systems zu begrüßen, ist man praktisch und theoretisch durch die Widersprüchlichkeit eingeschüchtert und traut sich nicht, eigenständige Gedanken zu fassen, geschweige eine Politik und Haltung in Gegnerschaft zu den Herrschenden durchzusetzen. In intellektueller Spießigkeit und kognitiver Blockade gefangen, fragen sich manche verschreckt, wie es sein kann, dass die organisierte Rechte um die AfD von Frieden redet. In guter Absicht werden hilflose Disclaimer gegen Rechts in Flugblättern zu Friedensaktionen geschrieben. Positiv an letzteren Aktivitäten hervorzuheben ist allerdings, dass überhaupt noch gefragt und für den Frieden gehandelt wird. Darin kann ein Aufbruch liegen. Historisch schwer wiegen zwei andere Gruppen, die meinen, man könne dem Konflikt um die Ausdeutung des Friedens einfach aus dem Weg gehen, indem man sich wegduckt, schweigt und weiter macht, als ob sich nichts verändert hätte. Den härtesten Schlag gegen sich selbst versetzt sich die gesellschaftliche Linke aber durch das kopflose Verfolgen einer vermeintlichen Strategie gegen rechts, die auf alles schlägt, was das Wort Frieden und Verhandlung in den Mund nimmt. Mit Scheuklappen bestückt, reichen sie objektiv betrachtet den herrschenden Parteien die Hand und waschen deren rechte, reaktionäre und menscheitsgefährdende Politik rein.

Tatsächlich fliehen nicht unbeträchtliche Teile der Linken damit vor der oppositionellen Verantwortung, gerade in diesen Zeiten der Bevölkerung eine Orientierung zu geben. Seit der Niederlage des sozialistischen Aufbaus spitzt sich die Lage gefährlich zu und zumindest

³⁵Drucksache des Deutschen Bundestages 20/5551 <https://dsrserver.bundestag.de/btd/20/055/2005551.pdf>

in Washington ist der Krieg gegen China keine Frage des Ob, sondern seit einer Weile eine des Wann.³⁶ Ob die Barbarei eines Weltkrieges abgewendet werden kann, wird von der Mobilisierung und Schlagkraft linker Kräfte abhängen. Ein Element dabei muss eine Strategie und ein Verständnis rechter Friedensdemagogie sein. Dabei darf es keinen Unterschied machen, ob diese von scheinbar linksliberalen Kräften der Regierungsbank oder der rechten Schein-Opposition genutzt wird.

In der historischen Rückschau wird deutlich, welche Konsequenzen es haben kann, wenn verworrene Entwicklungen um den Frieden nicht auf Höhe der Zeit durch die Linke beantwortet werden. Es war der 1. April 1939, als Adolf Hitler ankündigte, im Herbst 1939 einen NSDAP-Kongress abzuhalten, der „als >>Parteitag des Friedens<< in die Geschichte eingehen soll“³⁷. Im Bewusstsein der antifaschistischen Bewegung mag dieser Punkt nicht der präsenteste sein, für die NSDAP und ihren Machtgewinn und Erhalt war das öffentliche Bekenntnis zum Frieden jedoch kein unwesentliches Element. Ihre zeitgenössischen Gegner wussten um die Gefahr der falschen Rede vom Frieden und versuchten mit aller Kraft, die Friedensdemagogie der Faschisten zu entlarven und auf die Kriegsvorbereitungen seit 1933 hinzuweisen. Es muss erwähnt werden, dass die Faschisten nicht ausschließlich über Frieden sprachen, sie lieferten stattdessen parallel eine Propaganda der Politik des Schwertes, des Militarismus und Herrenmenschideologie. Als politische Linke gibt uns die Historie damit wichtige Fragen mit auf den Weg. Was war der Zweck der Friedensdemagogie und wie lässt sich mit heutigen Erscheinungen der Friedensdemagogie umgehen?

Zur Beantwortung der ersten Frage ist in Erinnerung zu rufen, in welcher Zeit und mit welchem Ziel die deutschen Faschisten antraten. Die Niederlage im 1. Weltkrieg hatte der expansionistischen Politik der herrschenden Klasse einen entscheidenden Rückschlag versetzt, ein neuer Krieg war mit dem erlebten Massengemetzel auf den Schlachtfeldern des ersten Weltkriegs nicht zu haben. Wer nur annähernd von der Bevölkerung ernst genommen werden wollte, konnte nicht verherrlichend vom Krieg reden, er hätte sich selbst geächtet. Eine zweite Gewissheit hatte die Geschichte ebenfalls zu Tage gefördert. Mit der Stärke der proletarischen Parteien gab es einen Akteur, der mehr denn je eine Gefahr für die Kriegstriebkräfte des herrschenden Systems darstellte. Zwar war die Revolution in Deutschland vorerst misslungen, in Russland hatte sie allerdings mit der Losung des Friedens gesiegt. Ernsthaftige Bestrebungen des Wiedererstarkens des deutschen Imperialismus konnte es nur geben, wenn die Massen und ihr Wille nach Frieden mit angesprochen wurden. Schließlich war es die einfache Bevölkerung, die durch Verstümmelung, Tod, Elend, Traumatisierung, Angst und Entbehrung die Kosten des Krieges zu zahlen hatte. Wer einerseits verherrlichend von der Überlegenheit und Herrschaftsberufung des deutschen Volkes über die Welt redete, musste andererseits den Frieden auf der Zunge tragen, der stets von außen bedroht wird. Ein Zitat aus Adolf Hitlers „Mein Kampf“ führt die beiden

36 Tooze, Adam 2023: Perspektiven für eine strategische Autonomie Europas in einer multipolaren Welt. <https://www.youtube.com/watch?v=fV8zbRArmBg>

37 Weißbecker, Manfred (1986): Kriegsideologie und Friedensdemagogie in der NSDAP 1919-1933. In: Kühnl, Reinhard/Schönwälder Karen (Hrsg.). Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Köln: Pahl-Rugenstein.

scheinbar unversöhnlichen Elemente ideologisch zusammen. „Wer [...] den Sieg des pazifistischen Gedankens in dieser Welt wirklich von Herzen wünschen wollte, müßte sich mit allen Mitteln für die Eroberung der Welt durch die Deutschen einsetzen, denn wenn es umgekehrt kommen sollte, würde sehr leicht mit dem letzten Deutschen auch er letzte Pazifist aussterben“³⁸. Die hier bemühte Demagogie macht aufmerksam auf die von den deutschen Faschisten bemühte Version des gerechten Krieges, der unausweichlich geführt werden muss, um die eigenen Werte, in diesem Fall die historische Konstante des per se guten, pazifistischen deutschen Volkes zu sichern.

Zweierlei lässt sich aus der kurzen Darstellung der friedensdemagogischen Aktivitäten der deutschen Faschisten lernen:

1. Wer den Krieg will, muss vom Frieden reden. Die direkten Erfahrungen des 2. Weltkrieges liegen zwar schon einige Generationen zurück, aber der Wille zu einem dritten Weltkrieg ist für die Masse der Bevölkerung undenkbar. Nach 1945, mit zunehmender Kooperation und Ausbau der UN wurde eine internationale Friedensordnung durchgesetzt die zwar nicht jeden Krieg verhinderte, jedoch ein schnelles, weiteres Massenmorden zwischen den Völkern abwendete. Mit dem Wegbrechen des Aufbaus einer alternativen Gesellschaftsordnung zum Kapitalismus kehrte das Kriegsstreben der imperialistischen Zentren in voller Härte zurück und weite Teile der Welt wurden unter Führung der USA mit neuen Kriegen, mal direkter, mal indirekter, überzogen. Gemeinsam ist diesen Kriegen die Ausgabe eines höheren Ziels, dessen Schutz nur durch Krieg gewährleistet werden könne. Heute ist die Ächtung des Krieges in der Bevölkerung nach wie vor groß. Wenn die Herrschenden Krieg wollen, müssen sie verhindern, dass eine linke Kraft den Friedenswillen artikuliert.

2. Wer derzeit nur auf die Friedensdemagogie der Rechten blickt und nur diese bekämpft, verliert die bereits Herrschenden aus dem Blick. Damit soll nicht gesagt werden, dass die reaktionäre Alternative zur derzeitigen Politik unterschätzt werden darf, der Erfolg faschistischer Friedensdemagogie ist eine reale Gefahr. Eine Meinungsführerschaft der reaktionärsten Teile des politischen Spektrums über den Begriff des Friedens gilt es zu verhindern. Hierfür bleibt der intensiviert Kampf um die Köpfe der Bevölkerung, die keinen Krieg wollen, tatsächlich alternativlos. Nichts fürchtet der herrschende Parteienblock von rechter Schein-Opposition bis linksliberaler Regierung mehr, als eine Linke, die überzeugend für den Frieden eintritt. Der klare Kampf für Frieden und Brot hat im vergangenen Jahrhundert die Welt schon einmal grundlegend verändert. Daran muss angeschlossen werden.

38 Hitler, Adolf (1925): Mein Kampf. Zitiert nach Weißbecker, Manfred (1986): Kriegsideologie und Friedensdemagogie in der NSDAP 1919-1933. In: Kühnl, Reinhard/Schönwälder Karen (Hrsg.). Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Köln: Pahl-Rugenstein.

2.7 Michael Jekel: Begriffskonflikte – Zur Militarisierung von Sprache und Begriffen

Sprachwissenschaftler untersuchen seit Längerem wie Sprache und Begriffe verschiedenen sozialen Gruppen zugeordnet werden. Dabei dienen die unterschiedlichen Ausspracheweisen der Einteilung von Personenkreisen in ein Freund-/Feindschema.

Nach einer Episode aus der Bibel (*Richter* 12:5-6) testete der Stamm Ephraim nach bürgerkriegsähnlichen Konflikten zwischen ihm und einer anderen verfeindeten ethnischen Gruppe anhand der Aussprache des Wortes „*Shibboleth* (hebräisch: שיבולת)“, ob es sich um einen Fremden oder einen Angehörigen der eigenen Gruppe handelte. Fremde pflegten „*Sibboleth*“ zu sagen und wurden bei auffälliger Aussprache als Feinde festgehalten und getötet.

Heute wird das hebräische Wort „*Schibboleth*“ in seiner Bedeutung von „Kennwort“ oder „Codewort“ verwendet.

Blickt man auf die Zeit der Friedensbewegung in den 70er und 80er Jahre zurück, so erinnert man sich unter Umständen an die damaligen Massenproteste gegen *Atomkraft*; andererseits ging damals kaum jemand auf die Straße, um gegen die *Kernkraft* zu protestieren. Umgekehrt war es schwierig, jemanden zu finden, der dazu bereit war, sich als Befürworter der *Atomkraft* zu bekennen; stattdessen bezeichneten die Befürworter sich in der Regel als Anhänger der *Kernenergie*. Ganz gleich, ob jemand sich als Gegner oder Befürworter der Kern- oder Atomkraft zu erkennen geben wollte, auf beiden Seiten legte man gleichermaßen Wert darauf, der Gegenseite den eigenen Standpunkt unmissverständlich bereits schon durch die Wortwahl deutlich zu machen; der Kampf um die Begriffe gehört somit bereits schon zum Kampf um die Sache mit hinzu und kann von dieser nicht abgetrennt werden. Wie im Fall des politischen Kampfes um die Atomenergie lässt sich oft kein wirklich neutraler, bloß sachlicher Begriff finden; dies ist nicht anders auch bei den politischen Konflikten der Gegenwart. Damit ist man gezwungen, bevor man überhaupt in die Diskussion einsteigt, bereits schon durch die Wahl der Ausdrücke und Begriffe für die eine oder für die andere Seite Partei zu ergreifen.

Beispielsweise gingen auf dem Höhepunkt der Friedensproteste der 80er Jahre Hunderttausende von Menschen gegen die *Aufrüstung* auf die Straße; dabei gab es weit und breit im ganzen Land so gut wie niemanden, der so verantwortungslos gewesen wäre, Aufrüstungsbestrebungen zu befürworten. Allerdings hatte die damalige Regierung auch keine Aufrüstung, sondern stattdessen eine *Nachrüstung* angekündigt; mit einer solchen Wortwahl sollte die Vorstellung transportiert werden, dass es in Wirklichkeit die andere Seite war, die mit dem beidseitigen Aufrüsten angefangen hatte und mit der man nachträglich nun bloß wieder gleichziehen beabsichtigte.

Als unvorsichtig kann es in heutiger Zeit gelten, einen Begriff wie *militärische Spezialoperation* zu verwenden; mit etwas Pech wird man mit einer solchen Wortwahl unter Umständen die Staatsanwaltschaft auf den Plan rufen und womöglich einen Strafbefehl riskieren. Dabei konnte bis vor einiger Zeit der Gebrauch dieser Begriffskombination noch

als völlig harmlos und risikofrei gelten. Jedoch ist es seit einiger Zeit üblich geworden, wenn man bei bestimmten Themen mitreden möchte, zur Absicherung gegen Unannehmlichkeiten und Fehlinterpretationen vorsichtshalber zunächst die sprachliche Wendung des *unprovozierten, durch nichts zu rechtfertigenden völkerrechtswidrigen Angriffskriegs* vorauszuschicken; wem diese Redewendung zu umständlich und lang ist, der kann verkürzt einfach auch nur von *Putins Angriffskrieg* sprechen und sich damit auf der sicheren Seite fühlen. Wer, dem Gebot der Vorsicht folgend, eine entsprechende Sprachwendung vorausschickt, wird sich daraufhin nicht davor zu scheuen brauchen, sodann von seinem verfassungsmäßig geschützten Recht auf freie Meinungsbildung Gebrauch zu machen.

In dieser Konstellation ist es wenig überraschend, wenn sich beim besten Willen kaum jemand finden lässt, der verrückt genug wäre, in offener Weise einen *völkerrechtswidrigen Angriffskrieg* rechtfertigen zu wollen; stattdessen hört man aber auch weiterhin Stimmen, nach denen die aktuelle militärische Eskalation im zusammenhängenden Kontext des seit 2014 andauernden Konfliktes in der und um die Ukraine zu betrachten ist. Nimmt man den Begriff des *Angriffskrieges* genauer unter die Lupe, dann scheint es sich um eine unnötige Verdoppelung zu handeln, denn eigentlich besteht so gut wie jeder Krieg aus einer Abfolge von Vorstößen und Rückzügen, von Phasen des Angriffs und solchen der Verteidigung. Darüber hinaus scheint durch das hartnäckige Festhalten am Doppelbegriff des *Angriffskrieges* auch die Tatsache verdeckt zu werden, dass der *russische Aggressor* nach einer kurzen anfänglichen Phase des offensiven Vorrückens sich schon längere Zeit überwiegend im Verteidigungsmodus befindet, wobei er die zu Beginn erreichte Frontlinie in erster Linie nun vor allem defensiv zu stabilisieren versucht. Mit dem fragwürdigen Verdoppelungsbegriff des *Angriffskrieges* scheint hier ein einseitiger Endpunkt des Denkens gesetzt zu sein, über den der Blick sodann nicht mehr hinausreicht; wir haben es mit einem ganz besonderen Wort zu tun, von dem eine Art Signal ausgeht, mit dem sozusagen automatisch sich das Gehirn abschaltet.

Ein shibboleth-artig ausdifferenzierter Sprachgebrauch findet sich in der Berichterstattung auch in Hinblick auf ukrainische bzw. ukrainisch-russische Ortsnamen und deren Umschrift in das lateinische Alphabet; so hat die ukrainische Führung immer wieder versichert, sich auf gar keinen Fall aus der hart umkämpften Frontstadt *Bachmut* (kyrillisch: Бахмут) zurückziehen zu wollen; nun, da die umstrittene Stadt schließlich doch in russische Hände übergegangen ist, scheint ihr früherer, noch aus der Sowjetzeit stammende Ortsnamen *Artjomovsk* (Артемівск) erneut wieder in den Sprachgebrauch zurückzukehren. Auch hier scheint es keinerlei Möglichkeit für eine neutrale, unparteiische und sachliche Ausdrucksweise zu geben; wer *Bachmut* sagt, der positioniert sich damit auf der Seite der Ukraine, und wer *Artjomovsk* sagt, auf der russischen (bzw. sowjetischen) Seite. In gewissem Sinne scheint der *russische Aggressor* sich nun damit abfinden zu müssen, nach langwierigen und verlustreichen Kämpfen von Haus zu Haus und Straßenzug zu Straßenzug womöglich gar nicht *Bachmut*, sondern stattdessen allenfalls nur *Artjomovsk* eingenommen zu haben; dabei scheint es so, als ob *Bachmut* als uneinnehmbare Festung in der phantasmagorischen Vorstellungswelt des ukrainischen Ultrationalismus an einen unangreifbaren Ort hoch

über allen Wolken entrückt worden wäre, während hier auf dem Erdboden allenfalls nur noch die rauchenden Ruinen und kaputtgeschossenen Trümmer des völlig zerstörten *Artjomovsk* zurückgeblieben sind.

Manch einer hat sich womöglich schon einmal über die uneinheitliche Schreibweise der im umkämpften Donbass-Gebiet gelegenen Regionalhauptstadt *Lugansk* gewundert; alternativ hierzu findet sich außerdem auch die Schreibweise *Luhansk*. Das eine Mal handelt es sich um die ukrainefreundlichere Schreibweise, während die andere Schreibweise eine Affinität zum Russischen verrät. Hier macht sich bemerkbar, dass es im Ukrainischen und im Russischen für manche Buchstaben des kyrillischen Alphabets, das in beiden Sprachen Verwendung findet, eine unterschiedliche Aussprache gibt (hier „h“ anstelle von „g“). Zwar trifft man in kyrillischer Schreibweise in beiden Sprachen den gleichen kyrillischen Buchstaben an (Луганск bzw. Луганськ); jedoch führt die unterschiedliche Aussprache zu einer abweichenden Umschrift in den das lateinische Alphabet verwendenden westlichen Sprachen (z.B. *Luhansk* anstelle von *Lugansk*).

Somit gibt es eigentlich keinen einfacheren Weg herauszufinden, ob eine Zeitschrift oder sonstige Publikation eine eher ukrainefreundliche oder russischfreundliche Grundhaltung einnimmt, als einfach nachzuschauen, ob der Städtenamen in der Schreibweise mit „g“ oder mit „h“ auftaucht. Wie schon zuvor besteht hier keinerlei Möglichkeit einer neutralen, unparteiischen, rein sachbezogenen Ausdrucksweise; wer sich für die Schreibweise mit „h“ entscheidet, stellt sich in einseitiger Weise damit auf die Seite von Kiew, wo man auf die nicht verhandelbare völkerrechtliche Zugehörigkeit der umkämpften Stadt zur Ukraine pocht. Wer hingegen an der Schreibweise mit „g“ festhalten möchte, der wird sich beispielsweise darauf berufen können, dass in der Stadt und in der umliegenden Region eine überwiegend russischsprachige Bevölkerung ansässig ist, deren ethnisch nicht homogene Zusammensetzung den ultranationalistischen Machthabern in Kiew schon seit langer Zeit ein Dorn im Auge ist.

Um einen weiteren Shibboleth handelt es sich auch bei der in großen Teilen der Presse anzutreffenden Sprechweise von den *selbsternannten Republiken*; wer eine möglichst um Neutralität und Unparteilichkeit bemühte Ausdrucksweise bevorzugt, der würde stattdessen eher von *selbstproklamierten Republiken* sprechen. Dabei trifft es für nicht wenige Republiken zu, dass sie durch eigene Proklamation ausgerufen worden sind; die beiden Volksrepubliken des Donbass sind hier keine Ausnahme. Die unsinnige und verdumpte Sprechweise von den *selbsternannten Republiken* kommt einer einseitigen Parteinahme zugunsten des ukrainischen Nationalismus und Militarismus gleich, der nicht erst seit 2022, sondern bereits schon seit 2014 die beiden Republiken mit scharfer Munition unter Beschuss nimmt und von der Landkarte auszuradieren versucht.

Hierher gehört auch die Sprechfigur der *Zeitenwende*; es handelt sich um einen Shibboleth, mit dem man zu erkennen gibt, dass man sich im Februar 2022 jäh aus dem Tiefschlaf aufgeschreckt fühlte und seither verzweifelt darum ringt, die Fassung zurückzugewinnen. Mit dem Begriff der *Wende* verbindet sich hier die Vorstellung einer plötzlichen Vollbrem-

sung mit anschließender radikaler Richtungsumkehr um 180°; als ein keinesfalls wiedergutzumachender Irrtum scheint sich hier insbesondere auch die Entspannungspolitik der Zeit von Willy Brandt erwiesen zu haben, für die die Friedensbewegung in den 80er Jahren bis zum Ende des Kalten Krieges auf die Straße gegangen ist. In diesem Sinne steht der Begriff der *Zeitenwende* für eine Rückkehr zur Mentalität des Kalten Krieges, als man den Gegner totrüstet bzw. durch verstärktes Wettrüsten in den wirtschaftlichen Ruin treiben wollten, wie dies auch der heutigen Außenpolitik erneut wieder vorschwebt.

Ein seit der Zeit des Kalten Krieges bereits gut eingeführter Shibboleth ist auch der Begriff der *Sanktionen*; Ziel war es damals, den geostrategischen Gegner aus den Handelskreisläufen der Weltwirtschaft auszuschließen. Die Wortwahl *Sanktionen* ist hier ein unverkennbares Anzeichen dafür, dass man sich selbst auf der Seite des Guten sieht, den Gegner hingegen auf der Seite der Finsternis und des Bösen. Sucht man nach einer neutraleren, sachlicheren und weniger religiös-metaphysisch belasteten Wortwahl, so bieten alternativ sich stattdessen Begriffe wie *Handelsembargo* oder *Wirtschaftsblockade* an. Zu beachten wäre hier auch, dass es sich bei sogenannten „Sanktionen“ in der Regel nicht um von den zuständigen Organen der UN autorisierte Handelsbeschränkungen handelt, sondern zumeist um vom US-Hegemon unter Mitwirkung der üblichen NATO-Vasallen der übrigen Welt einseitig aufgezwungene Blockademaßnahmen.

Im Hinblick auf die sich zuspitzende innerparteiliche Auseinandersetzung scheint übrigens längst auch schon der Begriff *links* eine Shibboleth-Funktion angenommen zu haben, wobei der Namenswechsel von PDS zu *Linkspartei* unter Umständen besondere Fragen aufwerfen kann. Es scheint sich heutzutage um einen mehr oder weniger willkürlich gebrauchten Ausdruck zu handeln, der kaum noch für einen ernst gemeinten Inhalt steht, sondern hauptsächlich nur noch dazu dient, im tagespolitischen Handgemenge Freund und Feind zu etikettieren. *Links* sind für mich alle die, die meine Freunde sind; als *Rechte* hingegen kann ich all diejenigen beschimpfen, mit denen ich irgendwelche Meinungsverschiedenheiten habe oder aus sonst irgendwelchen Gründen verfeindet bin. Sucht man nach einem Weg, der zunehmenden Vertrauenserosion unter der Wählerschaft Einhalt zu gebieten und deutlich zu machen, wofür der Parteiname *Linkspartei* inhaltlich stehen soll, dann fragt es sich, ob man sich nicht auf den programmatisch-politischen Gehalt des früheren Namens *Partei des Demokratischen Sozialismus* zurückbesinnen könnte, mit dem die Partei für manch einen ihrer früheren Unterstützer unter Umständen erneut wieder wählbar sein dürfte.

2.8 Elke Windemuth: Bausteine zur Entwicklung einer europäischen Friedensordnung

... und die Gegenkräfte, die zu einem neuen Kalten Krieg und schließlich zu einem heißen Krieg führten.

Der russische Angriff auf die Ukraine wird von der Mehrheit der Staaten scharf verurteilt. Im Westen, in Politik und Medien wird er mit größter Empörung aufgenommen und die Alleinschuld dem russischen Präsidenten gegeben. Abgesehen von der unbestrittenen Völkerrechtswidrigkeit, wird aber der Weg dahin – werden die verschiedenen Stufen der Eskalation, die Rolle der Nato und der USA, ihrem einflussreichsten Vertreter, aber auch die der EU – außer Acht gelassen. Das gilt auch für Teile der Linkspartei. Stattdessen wird der Krieg wieder als Mittel der Politik gesehen, um Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen. Vor dieser Eskalationsentwicklung standen aber hoffnungsvolle Bemühungen um eine Friedensordnung, auch in den Jahren des Kalten Krieges, wo sich die feindlichen Bündnisse Nato und Warschauer Pakt gegenüberstanden und eine gefährlich Rüstungsspirale in Gang setzten, die einen Atomkrieg als militärisches Mittel einschloss. Für die Gegner der Atombewaffnung war klar, dass nicht nur ein feindlicher Angriff, sondern auch ein technischer Fehler zu einem Atomschlag führen können.

Vereinbarungen zu einer Friedensordnung

Auf der blockübergreifenden Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) einigten sich die Vertreter der feindlichen Blöcke auf eine Absichtserklärung, nach der sie gleichberechtigt und bei gegenseitigem Verständnis und Vertrauen zusammenarbeiten wollten mit den Zielen Sicherheit und Frieden. Neben solchen sollten dazu konkrete Abrüstungsverträge beitragen.

1972 wurde der ABM Vertrag (Anti Ballistic Missile Treaty) über die Begrenzung antiballistischer Raketenabwehrsysteme beschlossen. Er soll verhindern, dass sich eine Seite der Illusion der Unverwundbarkeit hingeben kann und einen Atomkrieg beginnt in der Hoffnung, ihn zu gewinnen. 1987 folgte der INF Vertrag über atomare landgestützte Kurz- und Mittelstreckenraketen und ihrer Trägersysteme. Vereinbart wurde die Vernichtung der vorhandenen und das Produktionsverbot neuer Raketen. Vorausgegangen war auf westlicher Seite der Nato-Doppelbeschluss, gegen den die damalige Friedensbewegung massiv demonstriert hatte, z. B. hunderttausende Demonstranten in Bonn und anderen europäischen Städten.

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes intensivierten sich die Friedensbemühungen. Es standen sich nicht mehr zwei hochgerüstete gegensätzliche politisch und soziale Systeme gegenüber. Die Charta von Paris vom November 1990 „war ein grundlegendes internationales Abkommen über die Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung nach der Wiedervereinigung Deutschlands“ (wikipedia). Neben den europäischen Staaten gehörten ihr auch die USA, Kanada und die Sowjetunion an. Sie bedeutet das Ende der Teilung Europas und das Ende des Kalten Krieges. Die Wiedervereinigung Deutschlands war einen

Monat vorher in den 2+4-Verhandlungen beschlossen worden. Dabei stellte sich die Frage, ob das vereinte Deutschland neutral bleiben oder einem der Blöcke angehören sollte. Die sowjetische Seite stimmte zu, dass Deutschland der Nato beitrifft, was aber nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen sollte. Der deutsche Außenminister erklärte, was immer mit dem Warschauer Pakt passiere, dürfe es eine Ausdehnung der Nato nach Osten nicht geben. Das wurde dem sowjetischen Präsidenten zugesagt. Bei einem Treffen zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Außenminister soll Baker geäußert haben, die Nato werde keinen Zoll nach Osten ausgedehnt werden.

Die veränderte Geostrategie der USA

Der amerikanische Präsident Clinton beschloss 6 Jahre später eine Ostausdehnung der Nato. Er negierte damit die Verhandlungsergebnisse, sowohl der Charta von Paris als auch der Vereinbarungen im Rahmen der 2+4-Gespräche. Kritik kam nicht nur von der russischen Föderation, sondern auch von einflussreichen amerikanischen Politikern wie George Kennan, dem Vater der containment-Strategie im Kalten Krieg. Er nannte Clintons Pläne „vollkommen unnötig und einen fatalen Fehler“, der die Ost-West Spannungen wieder entfachen würden. Aber auch von deutscher Seite kam Kritik. Egon Bahr, Architekt der deutschen Ostpolitik unter Willy Brandt, warnte, dass die Erweiterung der Nato nach Osten ein großer Fehler sei.

Nato-Russland Grundakte

Zwei Jahre vor der in Kraft tretenden Osterweiterung einigten sich Russland und die Nato auf eine Vereinbarung, die sogenannte Nato-Russland-Grundakte als Antwort auf die neue strategische Lage Europas. Es war eine Absichtserklärung aller Nato-Mitgliedstaaten auf der einen und des russischen Präsidenten auf der anderen Seite. Sie beinhaltete ein gemeinsames Beratungsgremium, eine Verpflichtung zur Transparenz, die Beteiligung beider Seiten an Entscheidungen, die die europäische Sicherheit betreffen, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die freie Bündniswahl. Konkret vereinbart wurde der Verzicht auf die Stationierung von Atomwaffen in den neuen Nato-Mitgliedstaaten und eine zahlenmäßige Begrenzung der dort stationierten Soldaten.

Absetzung der ukrainischen Regierung

Die gewaltsame Absetzung des demokratisch gewählten ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch im Jahre 2014 wird in einem Positionspapier des Bundesausschusses Friedensratschlag wie folgt eingeschätzt : „Die maßgeblichen Kräfte bei dem von den USA und der EU geförderten verfassungswidrigen Sturz des amtierenden Präsidenten Wiktor Janukowitsch waren extrem nationalistische, russophobe bis faschistische Kräfte....“ „sowohl ideologisch als auch praktisch auf der Straße, in den Sicherheitskräften und in den Institutionen. Sie gewannen in der Folge einen dominierenden Einfluss. Der Staatsstreich stieß auf Widerstand in der Bevölkerung, vor allem der russischen.“ Das galt z.B. für die

Bewohner der Halbinsel Krim, die nach mehrheitlicher Abstimmung im Parlament in einem Volksentscheid mit überwältigender Mehrheit für die Zugehörigkeit zu Russland stimmten. Das wurde von westlicher Seite als Völkerrechtsbruch eingestuft und mit Sanktionen gegen Russland beantwortet. Das Völkerrecht ist aber vielschichtig; einerseits gilt das Prinzip der Souveränität, das einem Staat das Recht gibt, sein Territorium gegen Angriffe von innen zu bewahren – andererseits aber das Recht auf Sezession, wenn sich der entsprechende Bevölkerungsteil nicht mehr von der Regierung vertreten fühlt, die ihrerseits nicht mehr demokratisch legitimiert ist. Das war 2014 in der Ukraine der Fall.

In den überwiegend russisch sprachigen Provinzen Donezk und Luhansk kam es zu Aufständen, die blutig niedergeschlagen wurden und schließlich in einen Bürgerkrieg mündeten. Einen Krieg zwischen den bewaffneten Kräften der beiden Provinzen und dem ukrainischen Militär, das an der Grenze aufgestellt war, und den Konflikt militärisch lösen sollte. Der Krieg in der Ukraine begann also schon 2014 und nicht erst mit dem Einmarsch des russischen Militärs.

Das Minsker Abkommen

Gleichzeitig gab es schon von Beginn an den Versuch, den Bürgerkrieg in der Ostukraine zu beenden. Die ukrainische, die deutsche, die französische und die russische Regierung handelten ein Abkommen zwischen den Separatisten und der ukrainischen Regierung aus, das von beiden Seiten unterschrieben wurde. Auf der Basis eines von der OSZE kontrollierten Waffenstillstands wurde der Abzug schwerer Waffen und der Abzug ausländischer Streitkräfte vereinbart. Außerdem sollte eine vorläufige, später zu entscheidende Autonomie einen Friedensprozess in Gang setzen. Seiner Bedeutung entsprechend, erhielt das Abkommen Völkerrechtsrang, wobei Deutschland, Frankreich und Russland auf die beiden gegnerischen Seiten einwirken sollten, das Abkommen umzusetzen.

In den folgenden Jahren zeigte sich, dass die Vereinbarungen unzureichend oder gar nicht eingehalten wurden. Der Waffenstillstand wurde nach Beobachtungen der OSZE immer wieder gebrochen, der ukrainische Präsident verweigerte ein Zusammentreffen mit den Separatisten, um konkrete Schritte abzusprechen. Er verheimlichte auch nicht sein Desinteresse an der Umsetzung.

Merkel und Hollande ließen ihn gewähren. Der russische Außenminister warf ihnen sogar vor, die Umsetzung zu torpedieren. Dafür spricht im Nachhinein, dass Merkel in einem Zeit-Interview im Dezember 2022 bestätigte, dass sie nicht an einer Umsetzung des Abkommens interessiert war. Es „war der Versuch, der Ukraine die Zeit zu geben“. Um aufzurüsten? „Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht“. Damit gestand sie offen einen Völkerrechtsbruch, was von den westlichen Medien nicht skandalisiert wurde.

Die Eskalation geht ungebremst weiter

Für die westliche Seite ist klar, dass die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine für Russland als rote Linie gesehen wird. Die Nato würde Russlands gesamte Süd-Westgrenze militärisch

kontrollieren und somit das Land aus dem strategisch wichtigen Schwarzen Meer und aus seinen traditionellen Einflussbereichen in Zentralasien verdrängen können (Michael von der Schulenburg).

Es wäre auch eine direkte Gefährdung der nationalen Sicherheit. Es könnten hochmoderne Waffensysteme direkt an der russischen Grenze aufgestellt werden, nachdem die USA 2002 einseitig den Vertrag über die Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen aufkündigten. Deshalb war es für Russland besonders bedrohlich, dass die USA im November 2021 eine strategische Partnerschaft vereinbarten, deren Ziel der Nato-Beitritt und die Rückeroberung der Krim sein soll.

Der russische Verhandlungsvorschlag

Einen Monat später unterbreitete Russland der USA und der Nato einen Vertragsvorschlag, der die aktuell empfundene Bedrohungslage entspannen und einen Friedensprozess in Gang setzen sollte.

Das Konzept einer Sicherheitspartnerschaft, das schon der Inhalt vergangener Verträge war, bildete auch hier den Rahmen für die konkreten Vorschläge und Forderungen wie: keine weitere Expansion der Nato nach Osten; Rückbau der Nato-Präsenz auf den Stand der Nato; Russland-Grundakte; keine landgestützten Mittel- und Kurzstreckenraketen in ihrem Staatsgebiet oder außerhalb, von denen aus Ziele eines anderen Staatsgebiets angegriffen werden können; keine Stationierung von Atomwaffen außerhalb des nationalen Territoriums usw.

Diese Vorschläge, die weitgehend den friedenspolitischen Aspekten früherer Abkommen entsprachen, wurden Anfang Februar von der Nato abgelehnt, ohne dass Verhandlungen vorgeschlagen wurden. Die russische Regierung zeigte Verhandlungsbereitschaft, kündigte in ihrer Antwort aber unmissverständlich an, bei Ausbleiben von Sicherheitsgarantien sich genötigt zu sehen, auch mit militärisch-technischen Maßnahmen zu reagieren.

Die folgende Entwicklung ist bekannt. Sie hätte verhindert werden können.

2.9 Werner Bischoff: Lehren aus Kalavrita

Was hat der Ukrainekrieg mit den Vorgängen am 13.12.1943 in Kalavrita zu tun? Viel, wie ich meine. Bei den Friedensaktivitäten über Ostern war zu lesen „Erst Panzer, dann Kampfjets, dann Soldaten. Wollt ihr den dritten Weltkrieg?“ Genau darum geht es, Vor 70 Jahren verübte Hitlers Wehrmacht das größte Massaker an griechischen Zivilisten im Zweiten Weltkrieg. Die Täter blieben bis heute straflos, die Überlebenden und Hinterbliebenen blieben bis heute ohne Entschädigung. Ca. 600 Menschen wurden 1943 brutal umgebracht – ohne einen Prozess um die Schuld vor dem europäischen Gericht.

Am 6. 4. besuchte ich zum zweiten Mal das griechische Kalavryta. Ich hatte jahrelang keine Ahnung, was meine Vorfahren dort anstellten und welche Gräueltaten sie an der griechischen Bevölkerung anrichteten. Ich erfuhr am 6. 4. die Bedeutung des großen weißen Kreuzes, welches an einem Hang in Kalavryta steht. Ich erlebte, wie freundlich die Griechen heute der deutschen Bevölkerung gegenüberstehen. Ich las das Buch „ein Überlebender erzählt...“ Von Panos Nikolaidis. Ich lernte den Schulleiter des Lyzeums von Kalavrita – Herrn Vasilios Spanos – kennen. Im Rahmen des europäischen Programms Comenius fand 2003 ein gegenseitiger Besuch des Gymnasiums Michelstadt (Odenwald) und Kalavrita statt.

Was ist davon geblieben? Völkerverständigung und Wiedergutmachung waren damals angesagt. Ziel war, ein friedliches Zusammenleben der europäischen Völker! Die Ursachen der Verbrechen in Kalavrita wirken meiner Meinung bis in die Zeit von heute. Kriege haben noch heute 3 Ursachen.

1. In Kriegen verrohen die Menschen. Besonders junge Soldaten verlieren jegliche Menschlichkeit. Sie handeln größtenteils bedingungslos auf Befehle. Das ist in allen Kriegen festzustellen. Ob im Golfkrieg, ob im Krieg im Irak, ob im Krieg im Iran, ob im Krieg in Afghanistan, ob in Jugoslawien, gegen Libyen – das Völkerrecht wird als Recht des vermeintlich Mächtigeren ausgelegt. Die amerikanische Politikern Madame Albright sagte auf die Frage, ob der Mord an 500 000 Kindern den Krieg rechtfertigte „ Jawohl, die Morde rechtfertigen den Krieg !“

Es ist falsch, die Grausamkeiten der Kriege auf wenige Wesensmerkmale zu reduzieren. Auf diese Weise verkennt man die entmenschlichte Wirkung aller Kriege. In Kalavrita steht für die Opfer aus 1943: „Nie wieder Krieg !“ Und heute?

2. Der Faschismus: Die Nazis ordneten 1943 die Menschen in 2 Kategorien ein, Heute geschieht dies ebenfalls an Seite der Natoländer gegenüber Russland, während die Natoländer sich als die reinen Demokraten sehen. Dabei ist der Faschismus ein Verbrechen – auch der der Natoländer. Dies ist zu kritisieren!

3. Der Kapitalismus: Die Nazis handelten 1943 mit Unterstützung des deutschen Kapitals und wollten Osteuropa und die Beherrschung über die geopolitischen Reichtümer Russlands. Die gleichen Ziele führen heute die Natoländer mit der EU. So gesehen sind ihre Interessen 1943 und die von heute fast identisch.

Bereits durch den von Obama, Biden und Nuland initiierten Putsch im Februar 2014 brach der Krieg um die Ukraine aus. 14.000 tote russischsprachige Ukrainer im Donbass sind Zeugen dieses Massakers. 2014 besetzte Russland die Krim. Es wird niemals seine Schwarzmeerflotte kampflos aufgeben. Die strategische Wichtigkeit für Russland ist immens. Wenn heute die Bundespartei DIE LINKE fordert, Russland möge ohne Vorbedingungen die nach dem Putsch 2014 besetzten Gebiet aufgeben, macht sie eine bellizistische Politik, die ähnlich der von Bündnis 90//Die Grünen ist. Diese Forderung heute zu stellen, ist der Partei DIE LINKE nicht würdig.

Daher will ich das leicht veränderte Gedicht von der Schülerin des Gymnasiums der Insel Tinos Angelika Floraki senden. Sie schrieb:

KRIEG ist ein in den Trümmern weinendes Kind
KRIEG ist ein im Atompilz verglühtes Elternpaar
KRIEG ist das Klappern der Maschinengewehre
KRIEG ist die Mutter, die am Grab klagt
KRIEG ist die Erinnerung an die, die gegangen sind,

Die Erlebnisse am 6. 4. in Kalavrita bestärken mich, die Friedensinitiativen zu stärken. Raus auf die Straßen, keine Waffenlieferungen, keine Kampfjets, keine Sanktionen, die der deutschen Bevölkerung schaden, raus aus der Nato. Für Deeskalation – für Völkerverständigung und Frieden.

Man muss es nur wollen...

3. Berichte und Dokumente

3.1 Naisan Raji: Rede auf dem Ostermarsch in Frankfurt am Main am 10. April 2023

„Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, das ist nun der zweite Ostermarsch nach Beginn der Eskalation des Krieges in der Ukraine, der zu einem grausamen Abnutzungskrieg geworden ist, in dem täglich Hunderte Soldaten beider Seiten sterben. Unsere Forderung ist ein sofortiger Waffenstillstand und Aufnahme von Verhandlungen, damit es endlich zum Ende des Sterbens kommt.

Der Krieg in der Ukraine ist auch deshalb so gefährlich, weil sich dort in einem Stellvertreterkrieg zwei Atomkräfte gegenüberstehen und jeder weitere Tag Krieg die Gefahr eines Flächenbrands birgt. Die Politik der Konfrontation mit immer mehr und immer schwereren Waffen und mit immer mehr und immer umfassenderen Sanktionen muss deshalb eingestellt werden. So ist offensichtlich kein Frieden zu haben. Der Weg zum Frieden führt stattdessen über diplomatische Initiativen, wie wir ja derzeit im Jemen sehen können: Nach Jahren des Krieges der von Saudi Arabien geführten Militärkoalition gegen die jemenitische Zivilbevölkerung und nach Jahren der verheerenden Hungerkatastrophe durch See- und Luftblockaden, entsteht neue Hoffnung durch das Abkommen der verfeindeten Mächte Iran und Saudi-Arabien, vermittelt durch China.

Unsere Bundesregierung wäre gut beraten, die diplomatischen Bemühungen von China, Brasilien oder Südafrika im Ukrainekrieg zu unterstützen und nicht weiter auf verbale Eskalation, Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg zu setzen – die den Krieg nicht beenden, den globalen Hunger aber durch Ausfälle und Teuerungen von Düngemitteln verschärfen und bei uns mit der Energiepreisexplosion und den massiv gestiegenen Lebensmittelpreisen für eine deutliche Verschlechterung des Lebensstandards für weite Teile der lohnabhängigen Bevölkerung sorgen.

Derzeit müssen wir mit dem Besuch von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in China beobachten, wie die Drohgebärden noch an anderer Stelle weitergehen. Dabei ist es doch so: Die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung unterstützt den Konfrontationskurs der NATO-Staaten gegen immer neue Länder nicht. Außerhalb unserer westlichen Blase hat man die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO-Staaten nicht vergessen. Ebenso wenig die umfassenden Sanktionen gegen den Irak, die über eine Million Menschenleben kosteten, darunter 500.000 Kinder. Die damalige US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Madeleine Albright hielt das für einen in Kauf zu nehmenden Preis, um die außenpolitischen Ziele der USA zu erreichen. Frau Albright ist übrigens Vorbild von Außenministerin Baerbock. Im globalen Süden hat man auch nicht vergessen, dass die Sanktionen gegen Syrien den Wiederaufbau dieses vom langen Krieg völlig geschundenen Landes verhindern, oder dass ein Land wie Iran, das einmal 95 % seiner Medikamente selbst hergestellt hat, mangels Zugang zu Rohstoffen und Ersatzteilen regelmäßig Engpässe an lebensrettenden Krebsmedikamenten hat.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, man muss die Regierungen dieser Länder nicht lieben, um festzustellen, dass in keinem Fall Sanktionen und Kriege zu mehr Demokratie, zu mehr Frauenrechten oder zu einem besseren Schutz von Minderheiten geführt haben, während alle diese Maßnahmen zu immensem Leid der betroffenen Bevölkerungen führen. Damit lassen sich Kriege nicht beenden, sondern solche Maßnahmen sind Vorbereitung und Begleitmusik von Kriegen und es ist erforderlich, dass wir mit dieser westlichen Arroganz gegenüber der großen Mehrheit der Erdbevölkerung endlich Schluss machen.

Liebe Mitstreiterinnen, liebe Mitstreiter, es ist im Vorfeld der diesjährigen Ostermärsche viel geredet worden über eine grauhaarige und eine ewig gestrige Friedensbewegung. Damit soll offenbar gerade jungen Leuten suggeriert werden, dass sie bei einer solchen Veranstaltung nichts zu suchen haben. Das Wiederholen solcher Klischees reiht sich ein in die vielen Versuche des vergangenen Jahres, die Friedensbewegung zu marginalisieren. Dabei ist eine Politik der Deeskalation und der Abrüstung, gerade gegenüber Atom-mächten, nicht von gestern und sie hat auch mit rechter Politik überhaupt nichts zu tun. Im Gegenteil: Eine Politik, die mit Hochrüstung und Wirtschaftskriegen gegen ökonomische Konkurrenten auf das Recht des Stärkeren setzt, ist rückwärtsgewandt. Das rücksichtslose Verfolgen der Machtinteressen des eigenen Blocks bei völliger Missachtung der Sicherheitsinteressen der anderen Seite ist keine fortschrittliche Politik. Eine solche Politik hindert uns im Übrigen auch daran, die selbstgesetzten Klimaziele zu erreichen: Ein Panzer verbraucht bis zu 700 l Diesel auf 100 km und jeder Krieg bringt etliche weitere Schäden an Mensch und Natur mit sich.

Eine friedliche Zukunft kann es nur mit Abrüstung und mit internationaler Zusammenarbeit geben – und in unserem Streit für ein Ende der Kriege und für ein Ende der Hochrüstung ist gerade in diesem Klima der Diffamierung und Einschüchterung der Friedensbewegung jeder Mitstreiter wichtig, egal ob 20 oder 70 Jahre alt. Deshalb: Bleiben wir selbstbewusst und vereint in unseren Forderungen nach einem Stopp aller Waffenexporte, nach der Aufnahme von Verhandlungen im Ukrainekrieg und einer Beendigung der Konfrontationspolitik gegen so viele Länder, denn wir brauchen dringend eine Politik des Friedens und der internationalen Kooperation, damit wir uns den globalen Herausforderungen, von denen es auch ohne Kriege jede Menge gibt, endlich widmen können. Lassen wir uns also nicht einschüchtern – in Zeiten des Krieges braucht es mehr denn je starke Stimmen für den Frieden.

3.2 Bericht zum Seminar „Der gegenwärtige Kapitalismus“ mit Werner Rügemer

Am 13. Mai 2023 fand in Frankfurt am Main das Seminar „Der gegenwärtige Kapitalismus“ mit Werner Rügemer statt. Organisiert wurde es vom Rosa-Luxemburg-Jugend-Club Hessen. Werner Rügemer – Philosoph und Investigativjournalist sowie Mitbegründer des Vereins *Aktion gegen Arbeitsunrecht* – thematisierte als Referent „im Schweinsgalopp“ einige wesentliche Entwicklungen der aktuellen globalen Politökonomie. Etwa 25 Teilnehmer/innen besuchten die Veranstaltung. Das Tagesseminar gliederte sich in drei Blöcke: 1) Wer ist die heutige herrschende Klasse?, 2) Wer sind abhängig Beschäftigten?, 3) Der globale Systemkonflikt.

Im ersten Block definierte Rügemer die herrschende Klasse als jene, welche über die wesentlichen Lebens-Mittel der gesamten Bevölkerung verfüge. Hierzu zählten für ihn zentral die Produktionsmittel, aber auch militärische, mediale, geheimdienstliche, politische und juristische Machtmittel. Rügemer machte den Kern der heute herrschenden Klasse im US-geführten Finanzkapitalismus aus, vor allem in großen Vermögensfonds wie Blackrock und Vanguard. Rügemer verneinte, dass die Bundesrepublik Deutschland noch über eine eigene herrschende Klasse verfüge. Ökonomisch und militärisch sei man US-dominiert, die deutsche Bourgeoisie treffe allenfalls noch untergeordnete Entscheidungen. Der Ausverkauf des deutschen Kapitals an das US-Kapital habe sich in den 2000erjahren mit der „Entflechtung der Deutschland-AG“ und der Agenda 2010 bahngebrochen. Damals hatten US-Fonds deutsche Unternehmen bzw. große Anteile in ihnen gekauft. Beispielsweise seien heute die vier größten deutschen Immobilienkonzerne – Vonovia, Deutsche Wohnen, LEG NRW und Grand City Properties – wesentlich US-gesteuert. Auch der Schwerpunkt von industriellen Innovationen deutscher Unternehmen habe sich v.a. in US-Standorte verlagert.

Anschließend wurde diskutiert, wie weit die deutsche Unterordnung gehe. Ein Teilnehmer hob hervor, dass die deutsche Automobil- und Chemiestrategie teilweise gegen US-Interessen gehe. Auch die Kooperation der Schröder-Regierung mit Russland und gegen den Irak-Krieg habe von mehr Eigenständigkeit gezeugt. Rügemer betonte, dass auch Vasallen einen eigenen Handlungsspielraum hätten. Bis 1990 sei die BRD ein „Hätschelkind“ der USA gewesen. Das verschiebe sich inzwischen, u.a. nach Polen an die „Frontlinie“ gegen Russland. Auch wurde debattiert, welche praktischen Schlussfolgerungen sich daraus ergäben. Wo befindet sich der Hauptfeind des deutschen Proletariats? Unmittelbar in Deutschland, aber mittelbar in globalen Zusammenhängen.

Im zweiten Block definierte Rügemer die Klasse der Lohnabhängigen als vertraglich weisungsgebundene, fremdbestimmte Arbeitskraft in persönlicher Abhängigkeit vom Arbeitsplatzgeber – so, wie es schwarz auf weiß in §611a des BGB stehe. Rügemer betonte, dass das Grundgesetz der BRD zentrale sozial- und arbeitsrechtliche Aspekte der UN-Menschenrechtsdeklaration von 1947 nicht berücksichtige. Die deutsche Arbeiterklasse sei mit wachsender Zersplitterung, sinkender Tarifbindung und betriebsrätlicher Vertretung sowie wachsendem Union-Busting konfrontiert. Das Outsourcing von deutschen Unterneh-

men und deren Kontrolle durch internationale Konzerne erschwere den Arbeitskampf gegen das Kapital.

Die Frage, ob der Hauptfeind nach wie vor im eigenen Land stehe, wurde auch hier diskutiert. Rügemer unterschied zwischen unmittelbaren und hintergründigen Akteuren, welche schwerer erreichbar seien. Ein Teilnehmer warnte vor Fatalismus angesichts globalisierter Eigentumsverhältnisse; der Kampf vor der eigenen Haustür sei weiterhin sinnvoll und auch wirksam. Globale Verflechtung bringe auch globale Verwundbarkeit mit sich – Streiks in Deutschland können anderen Standorten helfen und umgekehrt. Die internationale gewerkschaftliche Kooperation sei daher wichtig. Ferner wurde darüber debattiert, ob es in Deutschland noch ein Industrieproletariat gebe. Rügemer konstatierte, dass sich die deutsche Arbeiterklasse verändere: Es gebe noch einen Kern an Industriearbeitern und industriebezogener Dienstleistung, aber daneben auch große Gruppen von Lohnabhängigen im Dienstleistungsbereich, im öffentlichen Sektor, im akademischen Bereich sowie einen wachsenden Anteil prekär Beschäftigter. Hier zählen auch informelle (und illegale) Bereiche dazu. Diese Zersplitterung erschwere ein einheitliches Vorgehen im Arbeitskampf.

Im dritten Block zeichnete Rügemer den Aufstieg der USA einerseits – den Aufstieg Chinas andererseits nach. Die USA hätten im Zuge der Weltkriege die alten Kapital- und Kolonialmächte abgelöst und Europa sowie Japan durch Militärbündnisse und Handelsregime vasallisiert. China hätte sich nach Gründung der Volksrepublik und besonders nach der Reformpolitik der 80er Jahre in kurzer Zeit zur größten Volkswirtschaft entwickelt. Der globalisierte neoliberale Kapitalismus nach dem Washington Konsens und die „inklusive Globalisierung ohne Militärbegleitung“ im Zuge der neuen Seidenstraße seien einander widersprechende Wirtschaftssysteme. Während die USA auch ihre Bündnispartner zunehmend ökonomisch verzehrten und schwächten, arbeite China vor dem Hintergrund eigener kolonialer Erfahrungen mit anderen Ländern mehr auf Augenhöhe. Durch den Krieg in der Ukraine beschleunigt, finde eine globale Umgruppierung statt: der US-geführte Westen gegen einen „Rest“, der sich nicht der westlichen Werteordnung fügen wolle und sich eher am UN-Völkerrecht orientiere. Die Zusammenarbeit des US-geführten Westens mit historischen und aktuellen Faschismen sei in diesem globalen Systemkonflikt nicht unüblich.

Dazu wurde diskutiert, ob China prinzipiell oder nur taktisch-situativ eine andere Politik als die USA verfolge. Rügemer argumentierte, dass die chinesische Politik vor dem historischen Erbe der Unterentwicklung und Kolonialerfahrungen einer anderen Mentalität folge. Auch wurde gefragt, ob China wirklich kapitalistische Praktiken in Richtung Sozialismus transformiere. Rügemer meinte, dass der Neoliberalisierung der 80er- und 90er Jahre inzwischen eine sukzessive Unterstellung der Unternehmen unter kommunistische Führung folge. Auch seien hohe Lohnerhöhungen und die Hebung hunderter Millionen Menschen aus der Armut Indizien dafür.

In der abschließenden Diskussion ging es um Perspektiven linker und friedensbewegter

Kräfte hierzulande. Deutschland spiele eine gewichtige Rolle im europäischen Raum – was hier passiere, können durchaus gewisse Unterschiede machen, erklärte ein Teilnehmer. Auch tue sich im Zuge der Demonstration „Manifest für Frieden“ Ende Februar 2023 von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht einiges in der deutschen Öffentlichkeit. Unter anderem hatten ehemalige Funktionäre des DGB mit einem eigenen Aufruf „Für den Frieden“ ebenfalls für eine Verhandlungslösung plädiert. Sogar der ehemalige Münchner SiKo-Chef Wolfgang Ischinger hatte für Verhandlungen des Westens mit Russland und Ukraine plädiert – um sich „vor den Wagenknechts und Schwarzers nicht die Blöße zu geben.“ Politischer Druck für Frieden in Deutschland kann wirken – und möglicherweise auch einen Anteil an einem guten Ausgang für den globalen Systemkonflikt haben.

3.3 Bericht zur Veranstaltung „Antimuslimischer Rassismus“ in Marburg

Universität kündigte Raum – Protest und Veranstaltung erfolgreich!

Bericht: Über 100 Menschen beteiligen sich an Kundgebung und Veranstaltung zu anti-muslimischem Rassismus! Eine Abstimmung mit den Füßen.

Unser Protest gegen die Raumkündigung war ein voller Erfolg! Über 100 Personen nahmen vor Ort teil an der Kundgebung „antimuslimischen Rassismus ernstnehmen“. Nach der Kundgebung wurde die Veranstaltung im überfüllten Esther-Bejerano-Saal in den Räumlichkeiten der LINKEN durchgeführt, mit spannenden Beiträgen des Referenten Ramsis Kilani und der Diskussionsteilnehmenden. Wir möchten hier einen Bericht über den Tag sowie die Veranstaltungsaufnahme zur Verfügung stellen, damit sich jede:r selbst ein Bild von den Geschehnissen machen kann:

Am Freitag den 21. 4. 2023 kündigte die Universitätsleitung den Veranstaltungsraum, weil unser Referent das „Ansehen der Universität beeinträchtigen“ könne. Die Reaktionen beweisen: Stattdessen hat das Verhalten der Universitätsleitung dem Ansehen der Universität als Ort der freien Diskussion massiv geschadet. Einen Tag vor der geplanten Veranstaltung wurde der Protest anlässlich des Raumentzugs angemeldet. Über 100 Teilnehmende haben ihren Unmut kundgetan – eine Abstimmung mit den Füßen. In unseren Pressemitteilungen sind wir ausführlich auf die Vorwürfe der Universität eingegangen, die bis heute nicht transparent gemacht worden sind. Die Vorwürfe lauten: Der von uns eingeladene Referent, Ramsis Kilani, verbreite „israelbezogenen Antisemitismus“. Ramsis Kilani hat etliche Familienmitglieder, darunter seinen Vater, bei einem Luftanschlag des israelischen Militärs verloren und äußert sich politisch zum Konflikt. Dass diese Äußerungen schnell unter Antisemitismusverdacht stehen, ist eine deutsche Besonderheit.

Zunehmend wird Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung und des Militärs mundtot

gemacht und wie in unserem Fall der Raum entzogen, obwohl Ramsis Kilani eigentlich zu antimuslimischem Rassismus sprechen sollte. Das haben wir nicht akzeptiert und Protest angemeldet.

Am selben Tag der Raumkündigung wurde das friedliche Eid-Fest der islamischen Gemeinde in Marburg wegen einer Bombendrohung evakuiert und konnte nicht wie geplant stattfinden. Man könnte meinen, dass dieser Angriff auf muslimisches Leben und auf das Grundrecht der freien Religionsausübung ein weiterer Grund sein könnte, warum die Veranstaltung entgegen aller Widerstände in der Universität hätte stattfinden müssen. Immerhin war sie im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus der Universitätsstadt Marburg länger geplant und angekündigt. Als Reaktion auf die Bombendrohung meldeten Mitglieder der Seebrücke unabhängig von der Abendveranstaltung eine Kundgebung in Solidarität mit allen muslimischen Menschen an, die um 17 Uhr vor dem Erwin-Piscator-Haus stattfand. Trotz des kurzfristigen Aufrufs erschienen fast 50 Personen zu dieser Kundgebung. Seitens der Moderation wurde Solidarität und Betroffenheit kundgetan. Auch gab es die Möglichkeit spontane Redebeiträge zu halten.

Ab 17.45 Uhr erfolgte der Protest gegen die Raumkündigung am Firmaneiplatz, vor dem ursprünglich geplanten Veranstaltungsort. Mit dabei waren die Veranstaltungsgruppen Seebrücke Marburg und SDS Marburg. Unter den Teilnehmenden solidarisierten sich etliche Personen aus dem Landtag sowie der Stadtverordnetenversammlung Marburg, darunter z.B. Saadet Sönmez (MdL, LINKE im Untersuchungsausschuss für Hanau), Dr. Ulrich Wilken (Vizepräsident des hessischen Landtags) sowie Henning Köster-Sollwedel (Magistratsmitglied der Stadt Marburg). Zu Beginn der Kundgebung wurde über den Sachverhalt informiert, der zur Raumkündigung geführt hatte. Anschließend wurden die Stellungnahmen der Gruppen SDS sowie der Seebrücke verlesen - unter lautem Beifall. Dr. Ulrich Wilken drückte seine klare Missbilligung der Raumkündigung aus und sprach sich ebenfalls gegen die Kriminalisierung von palästinensischen Menschen aus. Auch Henning Köster-Sollwedel äußerte seinen Unmut über das Verhalten der Universitätsleitung „unabhängig davon wie man zur BDS-Bewegung stehe“. Wir betonten zum Abschluss der Kundgebung, dass es zu rechtstaatlichen und bürgerlichen Errungenschaften zählt, dass keine Beweislastumkehr stattfinden darf. Daraufhin wurden alle Teilnehmenden eingeladen, die Veranstaltung im Parteibüro der LINKEN zu besuchen und den Silencing-Versuch nicht zu akzeptieren.

Etwa 70 Menschen folgten der Einladung – deutlich mehr als erwartet. Die Veranstaltung fing etwa um 18:30 Uhr an, nachdem mit dem gesamten Reservoir an Sitzen und Bänken nachbestuhlt wurde. Einige Menschen mussten während der Veranstaltung stehen, was unter den widrigen Umständen allerdings wohlwollend angenommen wurde. In einem freien Vortrag referierte Ramsis Kilani über den Begriff „antimuslimischer Rassismus“, über den Zusammenhang von Rassismus und Imperialismus/Kolonialismus, die Funktion des antimuslimischen Rassismus als Legitimation völkerrechtswidriger Kriegshandlungen, sowie seine Formen in Deutschland.

Daraufhin folgte eine lebhafte Debatte über die Geschichte des antimuslimischen Rassismus, in der es viel Lob für den Vortrag gab. Erinnert wurde außerdem daran, dass die Absage des Vortrags selbst und die Vorwürfe gegen den Referenten mit vielen rassistischen Stereotypen einhergehen. Leider gab es von den anwesenden Personen, die im Vorfeld der Veranstaltung unter anderem über Social Media dagegen mobilisiert hatten, keinerlei Beiträge. Wir wünschen uns, die Debatte deshalb zu vertiefen und auch die Hintergründe der Konflikte im universitären Rahmen zu behandeln.

Um sich selbst ein Bild von der Veranstaltung zu machen, kann man den gesamten Vortrag unter folgendem Link nachhören: <https://www.youtube.com/watch?v=z3FAy8D8KQE>

3.4 Werner Bischoff: Resolutionen aus dem Kreistag Darmstadt-Dieburg

Kriege sind Klimakiller. Die CO₂-Reduzierung ernst nehmen. Kriegsmanöver beenden – der Umwelt zu liebe. Antrag einer Resolution im Kreistag Darmstadt-Dieburg am 25.09.2022

Beschlussvorlage:

Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert die hess. Landesregierung auf, sich mit entsprechenden Bundesratsinitiativen gegen den weiteren Co₂ Anstieg durch Kriegsmanöver wie „Air Defender“, Waffenlieferungen und Wirtschaftssanktionen zu wehren.

Verhandlungen mit Russland sind anzustreben. Der Klimakiller , der Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland ist auch der Umwelt zu liebe sofort zu beenden. Alle globalen Ressourcen sind zu nutzen, um eine Lösung für die Klimakrise zu finden – dazu gehört dem Kriegstreiben ein Ende zu setzen.

Begründung :

Ein Leopard Panzer verbraucht 340 Liter Treibstoff auf 100 km. Im Gelände werden es leicht 530 Liter pro 100 km. Die ökologischen Schäden, die dieser unnötige Krieg verursacht, durch Waffenlieferungen und Kriegsmanöver und unnötiger Sanktionen gegen Russland verursacht führen alle Anträge unterschiedlicher Fraktionen – besonders der früheren Friedenspartei Bündnis 90 /Die Grünen- zur Erreichung der Klimaziele ad absurdum.

Die Reduzierung des CO₂ und der Einhaltung der Klimaziele lässt sich nur mit Verhandlungen, mit einer Beendigung des Stellvertreterkrieges zwischen der NATO und Russland erreichen. Ohne diese Maßnahmen kann der Wirtschaftsminister Harbeck (Bündnis 90 Die Grünen) sein Wärmepumpendiktat und andere Drangsalierungen für die Bevölkerung vergessen.

Die einstige Friedenspartei Bündnis 90/Die Grünen plakatierten noch im Wahlkampf 2021 den Landkreis Darmstadt Dieburg zu, wie „Keine Waffen in Kriegsgebiete“. Heute entlarvt sich diese Partei als reiner Kriegstreiber und Lakai der NATO. Die kriegspolitischen Maßnahmen von Bündnis 90 Die Grünen steuern in die größte ökologische Krise Deutschlands und des Landkreises Darmstadt Dieburg. Über diese globalen Umweltfrevel schweigt Bündnis 90/Die Grünen bis heute im Kreistag. Schon in sogenannten normalen Zeiten produziert alleine die US Army mehr Treibhausgase als Belgien oder Dänemark!

Die Reduzierung des CO₂ ist mit paar Anträgen hier im Kreistag (meist von Bündnis 90 Die Grünen) nicht abgeschlossen. Ich spreche mich gegen Umweltfrevel durch weitere Waffenlieferungen, gegen Fortführung des Krieges, durch Waffenmanöver a la „Air Defender“ und gegen Sanktionen aus, die Deutschland mehr schaden als Russland. Die fraktionslose Linke im Kreistag Darmstadt-Dieburg fordert in der Frage CO₂ Reduzierung vor allem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf, ihrem doppelzüngigen Treiben im Kreis-im Land- und im Bundestag ein Ende zu bereiten.

Daher fordere ich zum Erreichen der Klimaziele diesen Kreistag auf, dieser Resolution eine breite Mehrheit zu geben. Das Erreichen der Klimaziele, gegen kriegsbedingten Umweltfrevel, geht nur mit sofortigen Waffenstillstand, mit der Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Russland und dem Stopp aller Sanktionen . Ich bitte um Zustimmung für diese Resolution.

Antrag einer Resolution im Kreistag Darmstadt-Dieburg vom 26. 6. 2023 für einen Brief an die Bundesregierung

Beschlussvorschlag:

1. Die Abgeordneten des Kreistages Darmstadt Dieburg unterstützen den Brief des Abgeordneten der Partei DIE LINKE. an die Bundesregierung.
2. Herr Landrat Schellhaas wird vom Kreistag beauftragt, den Inhalt des Briefes als Position des Kreistages Darmstadt-Dieburg an Bundeskanzler Scholz (SPD) und alle Mitglieder der Bundesregierung zu übermitteln.

Brieftext:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung!
Als politische Vertreter des Landkreises Darmstadt-Dieburg ist es unser oberstes Ziel, den ca. 300.000 Einwohnern unseres Landkreises eine lebenswerte Umgebung zu schaffen – durch Gestaltung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unserer Region. Den Herausforderungen der vergangenen Jahre begegneten die Bürger/Innen mit hohem Einsatz und beispielloser Solidarität. Die Kommunen und der Landkreis Darmstadt-Dieburg

haben enorme zusätzliche finanzielle und personelle Anstrengungen unternommen, um die Krisenbewältigung zu unterstützen.

Weitere Belastungen wie sie nun durch den Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland entstehen, sind nicht mehr hinnehmbar. Seitens der Bundesregierung gibt es keinerlei Bemühungen, in dieser kriegerischen Auseinandersetzung die Diplomatie sprechen zu lassen und sich für Frieden einzusetzen. Waffenlieferungen in unvorstellbarem Umfang, die diesen Krieg nur weiter befeuern und entfesselte Sanktionsmaßnahmen, die gegen die UN-Charta verstoßen, sind als einzige Handlungsmaßnahme erkennbar.

Der Wohlstand unseres Landes, das gemeinsame Zusammenleben unserer Bevölkerung kann nur aufrecht erhalten werden, wenn wir friedliche Beziehungen zu anderen Ländern anstreben. Auch wenn dort teilweise andere Werte gelebt werden, darf ein dauerhafter Konflikt oder gar Kriegszustand, wie wir ihn derzeit in der Ukraine erleben, niemals Ergebnis deutscher Politik sein. Angesichts der jetzt bereits absehbaren Folgen betrachten wir die Entwicklung mit größter Sorge und Fassungslosigkeit. Dabei gilt unser Mitgefühl den vielen Opfern des Krieges und auch denen, die unter den völkerrechtswidrig verhängten Sanktionen existenziell zu leiden haben.

Derzeit steht der soziale Friede in unserem Land auf dem Prüfstand. Es drohen eine weitere Rekordinflation, Kurzarbeit, Betriebsschließungen und ja eine De-Industrialisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Horrende Energie- und Lebenshaltungskosten treiben die Menschen auf die Straßen. Wenn sich der politische Kurs nicht ändert, werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen verheerend sein. Symbolische Hilfen beheben keines der ursächlichen Probleme. Wir rufen Sie als Bundesregierung auf, ALLES zu unterlassen, was diesen Krieg verlängert und Alles zu tun, dass die Waffen schweigen.

Begründung:

Diese Stellungnahme des Kreistages greift die Sorgen der Mehrheit der Bürger/Innen im Landkreis auf. Um Zustimmung dieses Briefes an die Bundesregierung wird gebeten.

Antrag einer Resolution im Kreistag Darmstadt-Dieburg vom 26. 6. 2023 zum Hessentag

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren,
die Kriegsverherrlichung durch Politik und Medien gehört durch die Bundeswehr auf einem Hessentag nicht zur Schau gestellt. Sehr viele Besucher, darunter viele Eltern mit ihren Kindern suchen auf dieser Veranstaltung Entspannung und Erholung von dem Alltagsstress. Es ist richtig und wichtig, dass Ver.di und verschiedene Friedensinitiativen Sturm gegen das Vorhaben gelaufen sind und es ist richtig, das zu unterstützen. Solche Waffenschauen sollen nationalistisches Denken der Bürger/Innen fördern, aber auch die Menschen für die geo-

politischen Zielsetzungen begeistern, weshalb überhaupt zu den Waffen gegriffen wird. Dieses Vorgehen verstößt gegen jede Ethik und Moral, ist daher auf das Schärfste zu verurteilen und Grenzen aufzuzeigen.

Auf die Folgen kriegerischer Auseinandersetzungen wird dabei nicht eingegangen. Weder wird über die gefallenen Soldaten, die in Särgen in ihre Heimat zurückkehren, noch von den Soldaten, die das sinnlose Morden überlebt, aber schwer traumatisiert zu ihren Familien zurückkehren berichtet, bzw. darauf hingewiesen. Daher ist es nur verachtenswert, die Neugier und Technikbegeisterung für militärisches, nur den Tod bringendes Gerät gerade junger, minderjähriger Menschen zu wecken, um sie dann in einen Krieg zu schicken. Sendungen im Fernsehen wie z. B. „Können wir Krieg“ oder Kriegswerbung beim Hessentag gehören verboten.

Aktuell sei hier auch an die volksverdummende Aussage von Politikern und Medien erinnert, in der Ukraine werden unsere westlichen Werte, wie Demokratie und Freiheit verteidigt. Besonders die SPD hier in diesem Saal möchte ich an Egon Bahr und an ein sehr zutreffendes Zitat von ihm erinnern. Ich zitiere: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“ (Rede vor Schülern in Heidelberg 2013)

Der wachsende Einfluss der Bundeswehr im öffentlichen Leben und der damit einhergehenden Militarisierung der Bevölkerung muss gestoppt werden. In Zeiten eines drohenden Atomkrieges muss man gerade die SPD an Willy Brandt und die Entspannungspolitik mit dem Satz „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen „ erinnern. Dieser Satz ist noch immer brandaktuell.

Hessentage sind Feste der Freude und des Friedens. Das zur Schau stellen von militärischem Kampfmateriale hat im öffentlichen Raum, dazu zählen übrigens unter anderem auch Schulen, keinen Platz. Stimmen Sie dieser Friedensresolution daher zu.

4. Kontakte und die nächste Ausgabe der Publikation:

Herausgeber:

LAG „Linksrump – für Frieden und soziale Sicherheit“ in DIE LINKE.Hessen

Redaktion: Benni Roth, Anna Hofmann, Gabi Faulhaber, Marina Stengel-John, Yusuf Karaaslan

Anschrift: Usagasse 26, 61169 Friedberg (Hessen)

Emailadresse: LAGFriedenSozial@web.de

Ausblick:

Die nächste Ausgabe der Publikation unserer LAG „Linksrump – Für Frieden und Soziale Sicherheit“ soll voraussichtlich im **September 2023** erscheinen. Wir freuen uns über Beiträge...

- ... die sich mit den aktuellen imperialistischen Kriegen (offen wie verdeckt) befassen und Perspektiven für die deutsche **Friedensbewegung** ausloten.
- ... die die Angriffen der herrschenden Klasse auf den **Sozialstaat** untersuchen und Möglichkeiten des Widerstands und der Selbsthilfe erörtern.
- ... die sich mit den organisatorischen Problemen der Partei DIE LINKE. auseinandersetzen und nach Möglichkeiten gegen **Opportunismus** und Karrierismus suchen.

Wir freuen uns ferner über **Repliken und Reaktionen** auf die bisherigen Beiträge, um miteinander in Diskussion zu treten und unsere Positionen aneinander zu schärfen.

Wenn Ihr hierzu etwas schreiben möchtet, schreibt uns am besten eine Email mit Konzept oder grober Idee für den Artikel mit Betreff „Publikation 3“ an LAGFriedenSozial@web.de

Interesse?

Wenn Ihr Interesse an der LAG „Linksrump – für Frieden und Soziale Sicherheit“ habt, dann schreibt uns gerne per Email an: LAGFriedenSozial@web.de .

Wenn Ihr bei Euch vor Ort Kontakt zu LAG-Genoss/innen sucht, schreibt uns ebenfalls gerne an. Wir stellen gerne Kontakt zu unseren Genoss/innen vor Ort her.



**links
rum!**

LAG für Frieden und
soziale Sicherheit



Protest gegen das NATO-Manöver „Air Defender 2023“ in Wiesbaden-Erbenheim am 17. Juni 2023